

AZB
3001 Bern

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Herausgeberin/Redaktion
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail info@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate
TrisCom-Media AG
Bündenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck
NZZ Print
Postfach
8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

28. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Maier, Franz Georg
Direktor Schweiz, Landesbüro
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Inhalt



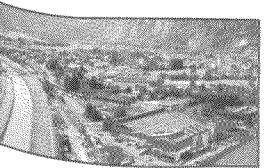
Bildungsartikel
Christa Markwalder
zur bevorstehenden
Abstimmung.

6



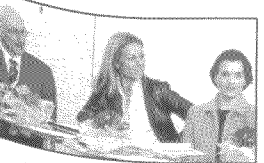
Leserreise Berlin
Das Reiseprogramm.

10/11



DV FDP Schweiz
Die Freisinnigen treffen
sich im Glarnerland.

13



FDP-Frauen
Rückblick GV in Solothurn.

16/17

Eine «föderalismustaugliche» Harmonisierung des Bildungsraums Schweiz

Am 21. Mai 2006 hat das Schweizer Volk über eine Revision der die Bildung betreffenden Bestimmungen der Bundesverfassung abzustimmen.

Von Hans Ulrich Stöckling,
Regierungsrat, Präsident
Erziehungsdirektoren-
konferenz, St. Gallen



Hans Ulrich Stöckling

Damit sollen drei Ziele erreicht werden:

- Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Bildungsraums Schweiz
- Gemeinsame Verantwortung von Bund und Kantonen für alle Bereiche des Bildungswesens
- Verstärkung der Anstrengungen zur Harmonisierung des Bildungsraums

Ein erster Anlauf zu einem neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung, der bereits damals von der EDK unterstützt worden war, ist in der Volksabstimmung Anfang der 70er Jahre gescheitert. Die Kantone haben sich in der Folge in einem Konkordat zur Zusammenarbeit verpflichtet. Wegen des Widerstands aus Zürcher Lehrerkreisen

ist dann aber ein für viele Leute wichtiger Teil aus der Vereinheitlichung herausgebrochen worden, nämlich die Festlegung des Herbstschulbeginns. Dies hat dazu geführt, dass eine FDP-Initiative auf Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Bundesverfassung angenommen wurde. Andere wichtige Bereiche wie das Schuleintrittsalter, die Dauer der Schulpflicht sowie die Freizügigkeit im Bereich der Berufsbildung, der Fachhochschulen und der Universitäten sowie die interkantonale Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen wurden durch die Zusammenarbeit der Kantone in der Zwischenzeit harmonisiert. Es gibt aber immer noch Unterschiede, die für

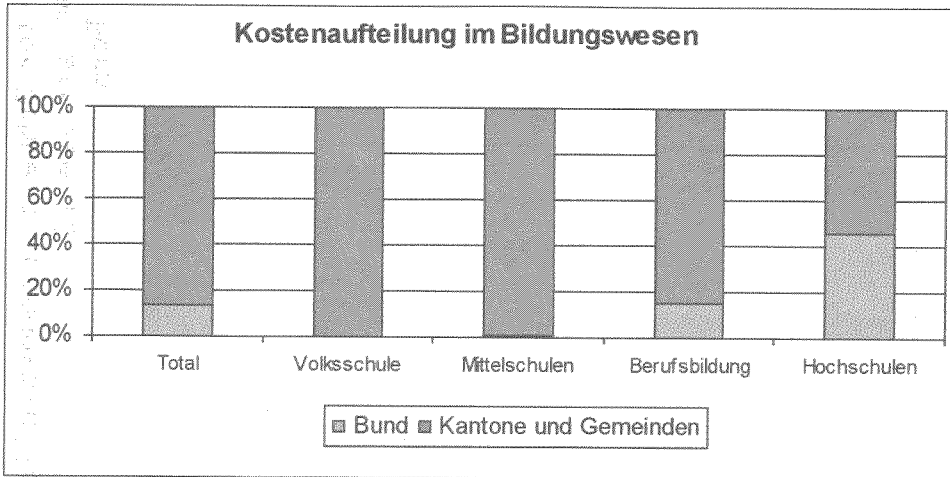
viele Mitbürgerinnen und Mitbürger stossend sind. Dabei ist aber festzustellen, dass die Bestrebungen zur Vereinheitlichung gerade in den Kantonen am stärksten sind, die sich bisher am vehementesten einer Koordination widersetzt haben. Noch immer gilt, dass für viele, die nach Harmonisierung schreien, die Harmonisierung die Allgemeinverbindlicherklärung des eigenen Systems bedeutet.

Eine Gruppe aus der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrates unter dem Präsidium des freisinnigen Basler Nationalrats Johannes Randegger hat sich in den vergangenen Jahren zusammen mit dem Vorstand der EDK bemüht, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die einerseits eine verstärkte Harmonisierung des Bildungsraums Schweiz ermöglicht, andererseits aber darauf verzichtet, einen «Eidgenössischen Schulvogt» einzuführen. Diese neuen Anstrengungen tragen der Tatsache Rechnung, dass trotz allen Bemühungen um Erleichterung der Mobilität in einem kulturell und sprachlich viel-

gestaltigen Land wie der Schweiz Unterschiede im Schulwesen nach wie vor notwendig sind. Viele Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Kulturen in einem Land sich meistens an Bildungsfragen entzünden. Ich bin überzeugt, dass die neue Bildungsverfassung einen guten Ausgleich zwischen Bewahrung föderalistischer Kompetenzen und der notwendigen Harmonisierung darstellt.

Der Bildungsraum Schweiz kann international nur konkurrenzfähig sein, wenn sich alle Beteiligten bei jedem Schritt ihrer Gesamtverantwortung bewusst sind. Ein Blick auf die Verteilung der Kosten des Bildungswesens zeigt, dass Kantone und Gemeinden die Hauptlast tragen, während der Bund nur in bescheidenem Masse an den Ausbildungskosten beteiligt ist. Die Gesamtkosten (ohne Aufwendungen des Bundes für die Förderung der Forschung) betragen 2003 25,8 Milliarden Franken und teilen sich wie folgt auf Bund einerseits und

Fortsetzung auf Seite 2



Quelle: Bundesamt für Statistik

Fortsetzung von Seite 1

Kantone und Gemeinden andererseits auf:

Auf dem Gebiet der Volksschule sieht die neue Verfassung vor, dass die Kantone verpflichtet werden, die Harmonisierung des Schulwesens im Bereich des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge voranzutreiben. Wenn die Harmonisierung auf dem Weg der Vereinbarung unter den Kantonen nicht zustande kommt, dann hat der Bund die Möglichkeit, entweder selbst tätig zu werden oder ein Konkordat für alle Kantone als allgemeinverbindlich zu erklären. Ich bin überzeugt, dass diese Bestimmung in den Kantonen diejenigen stärkt, die sich für eine Harmonisierung einsetzen. Die Mitsprache der Kantone ist nur so lange gewährleistet, als sie bereit sind, auf dem Weg der Harmonisierung gemeinsam voranzuschreiten. Um zu vermeiden, dass wie in der Vergangenheit einzelne Kantone die Harmonisierung verhindern können – kantonale Initiativen zum Fremdsprachenunterricht lassen grüssen –,

kann der Bund eine Harmonisierung erzwingen. Die subsidiäre Bundeskompetenz verhindert aber auch, dass ein einzelner grosser Kanton ohne Rücksicht auf alle andern eine bestimmte Lösung aufzwingen kann. Die Konferenz der Schweizerischen Erziehungsdirektoren (EDK) hat bereits Vorarbeiten für die interkantonale Harmonisierung geleistet und ist dabei, den Entwurf für ein neues Konkordat in die Vernehmlassung zu geben. In unserem Kanton ist vorgesehen, dem Kantonsrat die Möglichkeit zu geben, sich zum Inhalt dieses Konkordats während der Vernehmlassungsdauer zu äussern. Das Konkordat sieht neben der formellen Harmonisierung auch die Einführung schweizerisch gültiger Bildungsstandards vor. Damit sollen für die Hauptfächer die Kompetenzen definiert werden, über die die Schülerinnen und Schüler am Ende der Schulzeit verfügen müssen. Auf schweizerischer Ebene muss das Instrumentarium für die Überprüfung der Zielerreichung noch erarbeitet werden. Im Kanton St. Gallen besteht mit dem Instrument Stellwerk, das ab diesem Schul-

jahr für alle zweiten Oberstufenklassen flächendeckend angewendet wird, bereits eine Möglichkeit zur Überprüfung der Leistungen der einzelnen Schülerinnen und Schüler. Stellwerk wird im Übrigen gleichzeitig mit dem Kanton St. Gallen auch in den Kantonen Zürich und Aargau eingeführt. Die übrigen Deutschschweizer Kantone haben mehrheitlich die Absicht geäussert, das Instrument ab dem nächsten Jahr anzuwenden.

Im Vorfeld der Diskussion in den eidgenössischen Räten wurde von verschiedener Seite der Wunsch geäussert, dem Bund möge eine direkte Kompetenz zum Eingriff in die Volksschule eingeräumt werden. Abgesehen von den bereits erwähnten Problemen, die sich mit diesem «Eidgenössischen Schulvogt» ergeben würden, ist darauf hinzuweisen, dass die Ausarbeitung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen sowie der Aufbau einer Bildungsverwaltung für die Volksschule auf Bundesebene etliche Jahre brauchen würde. Alle diejenigen, die sich jeglicher Reform im Bildungswesen widersetzen, hätten eine gute Ausrede, während

dieser Zeit nichts mehr zu unternehmen.

Im Bereich der Sekundarstufe II (Berufsbildung und Mittelschulen) ist die geltende Ordnung so, dass der Bund für den gesamten Bereich der Berufsbildung allein für die Gesetzgebung zuständig ist, während die Maturitätsausbildung durch einen gemeinsamen Erlass von Bundesrat und EDK geregelt ist. Im Bereich der allgemeinbildenden Mittelschulen liegt die Zuständigkeit bei den Kantonen. Die Ausbildungsabschlüsse werden aber von allen Kantonen anerkannt.

Die neue Verfassung bringt auf dem Gebiet der Hochschulausbildung eine Vereinheitlichung der für Universitäten und Fachhochschulen geltenden Regelung. Wir hoffen überdies, dass der Bundesrat die Gelegenheit benützen wird, den «Kompetenzwettbewerb» auf Bundesebene (für Universitäten ist das EDI und für Fachhochschulen das EVD zuständig) zu bereinigen. Auf internationaler Ebene werden die Fachhochschulen nur Aussicht auf vollständige Anerkennung haben, wenn sie in der Schweiz durch die gleichen Behörden behandelt werden wie die Universitäten. Auch im Hochschulbereich sieht die Verfassung eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen vor. In ähnlicher Weise wie in der Volksschule ist auch hier eine subsidiäre Bundeskompetenz vorgesehen. Wenn auf dem Wege der Zusammenarbeit sich Bund und Kantone über die Studienstufen und deren Übergänge sowie über die Weiterbildung und über die Anerkennung von Institutionen und Abschlüssen nicht ei-

nig werden, kann der Bund einseitig eine Regelung treffen. Er kann überdies die Unterstützung von der Aufgabenteilung zwischen den Hochschulen in besonders kostenintensiven Bereichen abhängig machen. Im neuen Hochschulförderungsgesetz soll ein gemeinsames Organ von Bund und Kantonen geschaffen werden, das Koordinationskompetenzen hat. Durch ein Bundesgesetz will der Bund diesem Organ Kompetenzen übertragen, während auf Seiten der Kantone wiederum ein Zusammenarbeitskonkordat notwendig sein wird. Die Vorarbeiten sowohl für das neue Hochschulförderungsgesetz wie auch für die Zusammenarbeitsvereinbarung sind im Gange. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die neue Verfassung eine «föderalistmögliche» Lösung für den Bildungsraum Schweiz bringt. Ich bin überzeugt, dass damit die heutige starke Stellung der Schweiz im internationalen Bildungswettbewerb noch verstärkt werden kann und dass Lösungen getroffen werden, die auch den verschiedenen Kulturen und Sprachgruppen Rechnung tragen. Ich hoffe auf eine überzeugende Annahme der Verfassung am 21. Mai 2006 durch Volk und Stände. ■

Unsere Zukunft ist eine liberale Schweiz

Das Grundsatzpapier der FDP formuliert «eine Schweiz in Bewegung»

Einsatz, Engagement und Freude an der politischen Arbeit. Das soll unsere Losung für 2006 sein, damit die FDP in diesem Jahr genauso erfolgreich abschneidet wie die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft unter Köbi Kuhn.

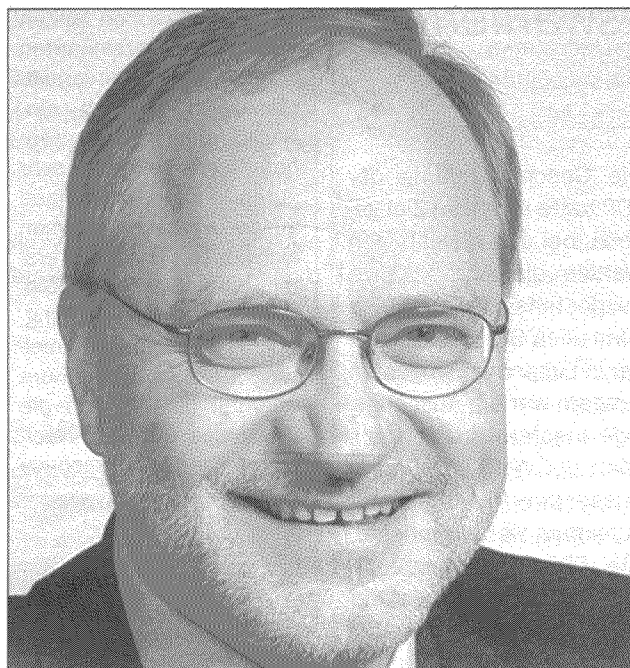
Von Georges Theiler,
FDP-Nationalrat, Luzern

Mit zwei Volksabstimmungen haben wir 2005 die Weichen für die Zukunft gestellt: Der Beitritt zum Abkommen von Schengen/Dublin (Regelung des Grenzverkehrs) sowie die Personenfreizügigkeit. Für beide Vorlagen habe ich mich eingesetzt und beide hat der Souverän angenommen.

FDP – eine Partei mit Programm

Diese zwei eindeutigen Europa-Entscheide werden unser Land ebenso weiterbringen wie das neue Programm der FDP Schweiz. Dieses sieht unter dem Titel «Eine Schweiz in Bewegung» 4 Projekte für die Zukunft vor:

- die Schweiz als Europas führende Wachstumsnation
- die soziale, gerechte und moderne Schweiz als Chance für den individuellen Erfolg
- die intelligente Schweiz als Wissensgesellschaft mit den besten Startchancen
- die offene Schweiz als eine fortschrittliche, international vernetzte Gesellschaft



Georges Theiler: Taten statt warten!

Das Grundsatzpapier, welches die Basis der FDP entwickelte und die Delegiertenversammlung im Herbst 2005 genehmigte, definiert die liberale Zukunft einer Schweiz, die über eine herausragende Ressource verfügt: Eine liberale Gesellschaft, die keine Mühe scheut, offen, gerecht und zukunftsgerichtet zu sein.

Das vergangene Jahr hat uns jedoch auch Grenzen aufgezeigt, Grenzen, die uns die Natur setzt. Ein Beispiel ist das schwere Unwetter vom August 2005, welches uns nachhaltig beschäftigen wird. Als Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) setze ich mich aufgrund dieser Erfahrungen noch stärker für gezielte Schutzmassnahmen ein. Dabei gilt es, beste-

hende Schutzkonzepte zu überprüfen und neue Ansätze zu definieren.

Strom nach freier Wahl

Die zukünftige Strompolitik unseres Landes wird uns auch in diesem Jahr beschäftigen. Ziel ist, dass Elektrizitätskunden frei wählen können, woher sie ihren Strom beziehen. Der Weg dorthin muss jedoch behutsam angegangen werden. Erneuerbare Energien sollen verstärkt gefördert werden. Dabei ist die Zielsetzung, bis ins Jahr 2030 rund 5400 Gigawattstunden aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, durchaus realistisch.

Grundversorgung gesichert

Von nationaler Bedeutung ist auch die zukünftige Ent-

wicklung der Swisscom. Während für die «Letzte Meile», an deren politischer Gestaltung ich seit Jahren mitarbeite, ein Kompromiss gefunden werden konnte, steht die generelle Zukunft des Unternehmens im Zentrum der Diskussionen. Eine Privatisierung des Unternehmens ist in meinen Augen notwendig und machbar. Ich bin überzeugt, dass eine Privatisierung die Grundversorgung des Landes nicht gefährdet, weil sie nicht über das Eigentum, sondern über die Regulierung gesichert ist, welche wiederum durch das Fernmeldegesetz gewährleistet wird. Nur wenn die Grundversorgung garantiert bleibt, wird eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung eine Privatisierung der Swisscom befürworten.

Mehr Arbeitsplätze

Ich werde mich auch 2006 weiterhin um wirtschaftspolitische Belange und damit um die Schaffung von Arbeitsplätzen kümmern. Meine Aktivitäten werden sich dabei auf folgende Themenkreise konzentrieren:

- effiziente und effektive Revision der Steuergesetzgebung im Bereich der Unternehmensbesteuerung
- Abbau bürokratischer Hürden (z.B. «Mehrwertsteuersalat»)
- gezielte Ansiedlungspolitik von Unternehmen mit hoher Wertschöpfung
- Schaffung von Perspektiven und damit von Ar-

beitsplätzen für die Jugend

Mein Engagement als Verwaltungsrat von erfolgreichen KMU, welche neue Arbeitsplätze und vor allem Lehrstellen schaffen, wird meine politische Tätigkeit begleiten. Und natürlich werde ich begeistert die Spiele unserer Fussball-Nationalmannschaft anlässlich der WM 2006 in Deutschland verfolgen. Das Team von Köbi Kuhn macht uns vor, was Sache ist: Einsatz, Engagement und Liebe zur Sache. ■



FDP weiterhin zweitstärkste Kraft

Rückblick auf die Kantonsratswahlen in Obwalden vom 12. März

Insgesamt brachten die Kantonsratswahlen 2006 keine sehr grossen Veränderungen in der politischen Landschaft.

Sowohl die bei den letzten Wahlen siegende SVP als auch die SP verloren Sitze. Die SVP hat neu noch 6 Sitze (bisher: 7), die SP ebenfalls noch 6 (bisher: 8). Die CVP sowie die CSP

konnten je um 2 Sitze zulegen (CVP neu: 23 Sitze, CSP neu: 10 Sitze).

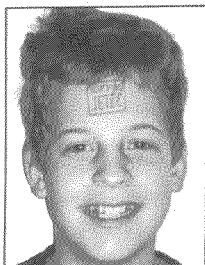
Die FDP hat trotz eines engagierten Wahlkampfes einen Sitz verloren und wird im neuen Kantonsrat noch mit 10 Sitzen vertreten sein. Sie wird nach der CVP und nebst der CSP als zweitstärkste politische Kraft im Parlament agieren können.

Die Geschäftsleitung der FDP hatte sich zum Ziel gesetzt, bei den diesjährigen Wahlen die Anzahl Sitze mindestens zu halten. Dies ist in allen Gemeinden ausser in Lungern gelungen. In Lungern war die Ausgangslage insofern speziell, als nach der Wahl von Esther Gasser eine Neukandidatur aufgebaut werden musste. Die FDP war überzeugt, dass mit Hanspeter Gasser ein profilierter und erfolgreicher Unternehmer portiert werden konnte, welcher im Kantonsrat gute Arbeit hätte leisten können. Leider gelang es der FDP nicht, genügend Parteistimmen für einen Sitz zu sammeln. In Sachseln konnte die FDP ihre zwei Sitze halten. Nebst dem bisherigen Ruedi Hinter wird neu Hans-Melk Reinhard dem Parlament angehören. Der bisherige Gerhard Gasser wurde knapp abgewählt. In den übrigen Gemeinden Alpnach, Kerns, Sarnen, Giswil und Engelberg gab es bei der FDP keine Veränderungen. ■

Die Glarner Parteisekretärin Andrea Trümpy ist bei ihrem Skiurlaub im österreichischen Schruns zufällig mit Guido Westerwelle, Vorsitzender der deutschen FDP, zusammengetroffen. Westerwelle weilte im Rahmen einer 5-tägigen Arbeitstagung der FDP-Bundestagsfraktion in Schruns.



Lustiges aus dem Wahlkampf



Die FDP des Kantons Bern wirbt für die Grossratswahlen vom 9. April mit dem Slogan «Neue Wege. Jetzt.» Um möglichst alle Dokumente mit dem Slogan versehen zu können, wurden Stempelautomaten an die Kandidierenden und andere Exponenten verteilt.

Sehr ernst nahm dies Nico, der Sohn von Gemeinderätin Patricia Gubler aus Muri bei Bern. Er ging mit dem Stempelaufdruck «Neue Wege. Jetzt.» auf der Stirn zur Schule und erklärte dem Lehrer, er mache so Werbung für die FDP. Bravo!

FDP-Sekretäre im Berner Oberland

Am 17./18. März fand das jährliche Skiweekend der FDP-Kantonalsekretäre statt. 12 Personen fanden sich bei ausgezeichneten Schnee- und Wetterverhältnissen in Wengen ein. Nachdem einige Sekretäre bereits am Freitag die sehr guten Pistenverhältnisse ausgenutzt hatten, traf man sich um 16.00 Uhr zum ersten «offiziellen» Teil des Skiweekends, einem Curling-Spiel. Unter kundiger Anleitung eines Trainers erlernten die Sekretäre die Kunst des Curlings. Nach einer kurzen Aufwärmphase

erwiesen sich die FDP-Sekretäre als echte Curling-Talente. Jedenfalls war der Lernfortschritt der Sekretäre beachtlich. Bereits nach kurzer Zeit konnte ein kleines Turnier mit erstaunlich gutem Spielniveau durchgeführt werden. Als Gewinner ging das Team Regula Kuhn (Skip), Christine Schmid (Lead) und Curdin Mark (Second) hervor. Der zweite Tag war gänzlich dem Skifahren gewidmet. Fazit des Weekends: Pulver gut, unfallfrei und super Stimmung.



Ruedi Schläpfer, Guido Schommer, Corinne Schmid, Regula Kuhn, Michel Fischer, Trix Giesbrecht, Peter Pfenninger, Stefan Nobs, Andrea Trümpy, Edith Haller, Roman Messmer, Curdin Mark (v. l. n. r.).



Beim Curling: Curdin Mark, Regula Kuhn, Ruedi Schläpfer, Trix Giesbrecht, Corinne Schmid und Peter Pfenninger (v. l. n. r.).



Beim Skifahren: Die Sekretären-Truppe vor der Talfahrt nach Wengen entlang der FIS-Weltcup-Strecke.

Fotos: Peter Matthys / Stefan Nobs

Basel-Landschaft

Jungfreisinnige haben neuen Präsidenten



An ihrer Generalversammlung haben die Jungfreisinnigen Baselland einen neuen Präsidenten gewählt. David De Pretto aus Oberwil löst nach drei Jahren Siro Imber aus Allschwil als Parteipräsidenten ab.

Imber betreut seit Januar 2006 die Chefredaktion der «Baselbieter Post», dem offiziellen Organ der FDP Baselland. Er übernimmt den Sessel von Iris Zihlmann. Siro Imber will das Parteiorgan abwechslungsreicher gestalten und neue Rubriken und Kolumnen einrichten. ■

Basel-Stadt

Hanspeter Gass in den Basler Regierungsrat gewählt



Der Freisinnige Hanspeter Gass wurde am 19. März im zweiten Wahlgang in den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt gewählt. Fünf Wochen vorher hatte die freisinnige Kandidatin Saskia Frei das absolute Mehr über-

raschend deutlich verpasst und hatte sich anschliessend zurückgezogen.

Gass machte mit 63 Prozent der Stimmen ein sehr gutes Resultat. Der 50-jährige Gass amtierte bisher als Vizepräsident der Basler FDP und als Präsident der Grossratsfraktion. Gass tritt die Nachfolge, von Jörg Schild an, der während 14 Jahren der Regierung angehört hatte. ■



Basel-Stadt

Nicolas Flückiger neuer Präsident der Basler Jungfreisinnigen



Er tritt die Nachfolge von Tobias Fischer an, der nach 2 Jahren sein Amt abgibt. Zudem wurden Regierungsrat Jörg Schild und Grossrat Daniel Stolz für ihre liberale und fortschrittliche Politik im Dienste des Kantons zu Ehrenmitgliedern der Jungfreisinnigen ernannt. ■

Graubünden

ideen.argumente.köpfe.fdp



So lautet der Slogan der FDP Graubünden für die Regierungs- und Kreiswahlen vom 21. Mai. Das Ziel der Bündner FDP ist es, den amtierenden Regierungsrat Martin Schmid in seinem Amt zu bestätigen und mindestens zwei zusätzliche Sitze im Grossen Rat zu gewinnen. Alle fünf amtierenden Mitglieder der Regierung treten zur Wiederwahl an. ■

Bern



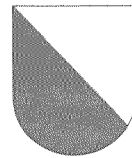
Die Berner Jungfreisinnigen haben am 2. Februar eine kantonale

Volksinitiative «für flexible Ladenöffnungszeiten» lanciert. Das Begehren verlangt, dass im Kanton Bern alle Geschäfte von Montag bis Samstag zwischen 6 und 22 Uhr offen halten dürfen. So soll insbesondere den geänderten Kundenbedürfnissen Rechnung getragen werden. Weitere Infos unter www.einkaufszeit.be ■



Zürich

Andreas Hammer als Geschäftsführer nominiert



Der Parteivorstand der FDP des Kantons Zürich hat den 37-jährigen Andreas Hammer aus Thalwil zuhanden der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 6. April 2006 zur Wahl als Geschäftsführer anstelle des zurücktretenden Konrad Hurni nominiert.

Andreas Hammer schloss an der Universität Zürich als lic. phil. I in Geschichte, Politikwissenschaften und Staatsrecht ab. Er arbeitete während der letzten Jahre als Senior Consultant für Unternehmens- und Marketingkommunikation in zwei führenden Schweizer Kommunikationsagenturen. Von 1995 bis 1997 präsidierte er die Jungfreisinnigen der Stadt Zürich. Er wird seine neue

Funktion als Geschäftsführer der FDP des Kantons Zürich, vorbehaltlich der Wahl durch die Delegierten, voraussichtlich am 1. Juli 2006 antreten. ■



Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg
zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder
rechtsanwälte

Neue Bildungsverfassung: Chance für eine intelligente Schweiz

Die neue Bildungsverfassung, über die wir am 21. Mai abstimmen werden, legt die Basis für die moderne Wissensgesellschaft. Die neuen Verfassungsbestimmungen verankern die hohe Qualität und die Ausgestaltung offener und flexibler Bildungswege als wegweisende Ziele für einen Bildungsraum Schweiz. Aus einem Nebeneinander von kantonalen Schulsystemen soll ein überschaubarer Bildungsraum werden.

Von *Christa Markwalder-Bär, Nationalrätin jf/FDP, Burgdorf*



Christa Markwalder-Bär

Das Schulwesen in der Schweiz hat sich während über 100 Jahren nur auf kantonaler Ebene weiterentwickelt – das förderte in beschränkter Masse den Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulsystemen und behinderte in grossem Masse die Mobilität von Familien mit schulpflichtigen Kindern und die Durchlässigkeit der Bildungswege. Die neue Bildungsverfassung ist ein Meilenstein in der bildungspolitischen Ordnung der Schweiz. Sie legt die Grundlage für eine Harmonisierung des Schuleintrittsalters, der Schulpflicht, der Schuldauer und der Ziele der Bildungsstufen, der Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsstufen und die einheitliche Anerkennung von Abschlüssen. Dabei behalten die Kantone die Schul-

hoheit, werden aber zur Zusammenarbeit verpflichtet. Werden sich die Kantone in diesen Fragen nicht einig, kann der Bund in Zukunft die entsprechenden Regelungen erlassen. Die neue subsidiäre Bundeskompetenz ist ein wichtiges Instrument, um die Kantone zur Zusammenarbeit zu bewegen. Die Kantone haben nämlich bereits auf der Grundlage des Schulkonkordats von 1970 viele Koordinationsanliegen ins Auge gefasst, doch davon konnten bis heute nur Bruchstücke realisiert werden. Die neunjährige Schulpflicht ist noch

nicht in allen Kantonen gesetzlich verankert, das Schuleintrittsalter mit dem vollendeten 6. Altersjahr liegt über dem europäischen Durchschnitt, und die Empfehlungen für die Erleichterung des Schulübertritts zwischen den Kantonen von 1973 wurden bis heute nicht umgesetzt. Doch das Projekt HarmoS der Erziehungsdirektorenkonferenz verspricht Besserung: Es sieht sprachregionale Rahmenlehrpläne und Lehrmittel vor, will Bildungsstandards (und deren Überprüfung) verbindlich festlegen und die flexible Einschulung ab dem 4. Al-

tersjahr fördern. Die subsidiäre Bundeskompetenz bildet den ordnungspolitisch wirksamen Rahmen, um den Koordinationsbemühungen der Kantone zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Bildungsverfassung ist aber nicht nur eine neue Basis für den Bildungsraum Schweiz auf der Stufe Volksschule, sondern auch für die Berufsbildung, Hochschulbildung, Forschung und Innovation, Weiterbildung und für die Ausbildungsbeiträge.

Für die Berufsbildung ist der Bund bereits heute zuständig. Neu erhält die Berufsbildung einen eigenen Verfassungsartikel, der ein durchlässiges Angebot ermöglichen und die gesellschaftliche Anerkennung der Berufsbildung fördern soll.

Der neue Hochschulartikel sorgt für eine gemeinsame Steuerung des Hochschulbereichs von Bund und Kantonen und regelt die Koordination und Gewährleistung der Qualitätssicherung. Die Studienstufen und ihre Übergänge, die Anerkennung von Institutionen und Abschlüssen sowie die Finanzierungsgrundsätze sollen vereinheitlicht werden. Diese neue Bestimmung ist eine wichtige Grundlage für die schweizerischen Universitäten und Hochschulen im globalisierten Bildungsangebot. Er lässt nicht nur den Wettbewerb zwischen den einzelnen Hochschulen zu, sondern verbessert auch die Position unserer tertiären Bildungsinstitutio-

nen im europäischen und internationalen Wettbewerb.

Mit der Bildungsverfassung wird auch die Innovationsförderung des Bundes neu eine explizite verfassungsrechtliche Grundlage erhalten. Sie wird in den bestehenden Artikel zur wissenschaftlichen Forschung aufgenommen.

Für eine intelligente Schweiz ist eine breite Palette an Weiterbildungsmöglichkeiten unabdingbar. Gemäss der Intention des «lifelong learning» wurde eine Verfassungsbestimmung aufgenommen, damit der Bund Grundsätze für die Qualitätssicherung und Anerkennung von Abschlüssen im Bereich der Weiterbildung erlassen kann.

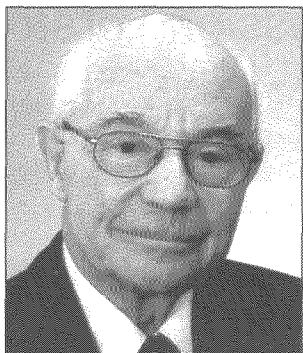
Punkto Ausbildungsbeiträge wurden die Bestimmungen des neuen Finanzausgleichs übernommen, wonach der Bund Ausbildungsbeiträge ausschliesslich auf der Hochschulstufe mitfinanziert. Gleichzeitig fördert der Bund auch die Harmonisierung und kann Grundsätze für die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen festlegen.

Der National- und der Ständerat haben die Bedeutung der verfassungsmässigen Neuordnung des Bildungswesens erkannt und die neuen Verfassungsbestimmungen mit 176:3 Stimmen bzw. mit 44:1 Stimme gutgeheissen. Der neuen Bildungsverfassung gebührt daher auch am 21. Mai eine überzeugte Zustimmung seitens der Stimmbevölkerung. ■

Vom Konkordat zum Verfassungsrecht

Es ist Zeit für die neue Bildungsverfassung

Im letzten «Freisinn» hat Nationalrat Johannes Randegger den langen Weg zur Neuordnung der Verfassungsbestimmungen über die Bildung geschildert und die Notwendigkeit von bindendem Verfassungsrecht dargelegt. Diese Neuordnung ersetzt den bisherigen, rein föderalistischen Weg zur Angleichung der kantonalen Schulsysteme.



Alfred Wyser

Von Alfred Wyser, alt Regierungsrat und Erziehungsdirektor, Olten

Diesen Weg nämlich beschritten die Kantone seit 1970 mit recht mässigem

Erfolg. In jenem Jahr – darauf kommt Nationalrat Randegger nicht zu sprechen – genehmigte der Bundesrat das am 29. Oktober zuvor von der Erziehungsdirektorenkonferenz einstimmig beschlossene und sehr rasch von der genügenden Anzahl Kantone ratifizierte

Schulkonkordat. Als dringende Reformbedürfnisse, die von den Kantonen als Verpflichtungen anzunehmen seien, legte das Konkordat fest: das einheitliche Schuleintrittsalter auf das vollendete sechste Altersjahr, die Dauer der Schulpflicht für Knaben und Mädchen auf mindestens neun Jahre, die ordentliche Ausbildungszeit vom Eintritt in die Schulpflicht bis zur Maturitätsprüfung auf mindestens zwölf, höchstens dreizehn Jahre und den Schuljahresbeginn auf die Zeit zwischen Mitte August und Mitte Oktober.

Eine Reihe von Empfehlungen ergänzten den zeitgemässen und bei der Buntfleckigkeit der helvetischen Schulwelt anspruchsvollen Inhalt des Konkordats. Es bedeutete im damaligen bildungspolitischen Umfeld eine grosse Herausforderung für die Kantone, hielt sich doch die Bereitschaft zur Koordination der Schulsysteme überhaupt in Grenzen, was denn auch der homerische Kampf um die Festlegung des einheitlichen Schuljahresbeginns im Herbst zeigte. Auf dem Konkordatsweg war er nicht zu schaffen, da die Kantone Zürich und Bern im Juni 1972 gleichentags die Verlegung auf den Herbst nach heiss umstrittenen und in heutiger Sicht teilweise abstrusen Abstimmungskämpfen verweigerten. Damit musste sich die EDK auf die «innere», d. h. «pädagogische» Koordinationsarbeit beschränken, die freilich nicht ohne Resultat blieb.

Es sei als ein bedeutendes Ergebnis die Einführung des Französischunterrichts in der Primarschule in der deutschen und des Deutschunterrichts in der welschen Schweiz erwähnt.

Der einheitliche Schuljahresbeginn musste mit einer freisinnigen Volksinitiative, die von St. Gallen ausging, hart erkämpft werden. Mit der Annahme 1985 wurde in diesem einen Punkt das Konkordat zum Gesetz, d. h. zu Verfassungsrecht, wie das denn in der schweizerischen Politik nicht selten der Fall ist, wenn das ungenügende hergebrachte Regelwerk dem Volk nicht mehr erträglich erscheint. Aber oft wirklich erst dann!

Und nun also soll, so hoffen die ehemaligen Vorkämpfer der Schulkoordination, die Vereinheitlichung der Schulsysteme durch Verfassungsbestimmungen

gesichert werden, die dem Bund die «Koordinationskompetenz» verleihen, wenn die Kantone sich nicht einigen können. Höchste Zeit! Aber vergessen wir die «Bremsen vom Dienst» nicht, die bereits im Kanton Schaffhausen versuchten, einen neuen «Sonderfall» zu schaffen, nämlich die Schüler, nicht wenige aber auch einen Teil der Lehrerschaft von der «Mühsal» der zweiten Fremdsprache in der Primarschule zu verschonen. Als im Konkordatskampf damals Engagierter hoffe ich auf geschlossenen Einsatz unserer Partei für die Reform, die uns keinen «Schulvogt», aber eine von Bund und Kantonen gemeinsam getragene, zeitgemässe Bildungspolitik ermöglicht. ■

Die Vorlage in Kürze

Im Dezember 2005 haben die Eidgenössischen Räte den Bundesbeschluss über die «Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung» verabschiedet. Diese Vorlage, auch bekannt unter ihrem Arbeitstitel «neue Bildungsverfassung», geht auf parlamentarische Initiativen aus den Jahren 1997 (97.419 Pa. Iv. Zbinden) bzw. 2003 (03.452 Pa. Iv. Plattner) zurück; sie ist eine entscheidende Voraussetzung zur Schaffung eines einheitlichen Bildungsraumes Schweiz. Wichtigstes Ziel dieser Revision ist die Pflicht zur Koordination und Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im ganzen Bildungsbereich, von der Volks- bis zur Hoch-

schule. Schuleintrittsalter, Dauer und Ziele der verschiedenen Bildungsstufen und die Anerkennung der Abschlüsse sollen landesweit harmonisiert werden. Können sich die Kantone nicht einigen, soll der Bund nun die Kompetenz erhalten, die notwendigen Vorschriften zu erlassen. Auf Hochschulstufe sollen gemeinsame Organe von Bund und Kantonen geschaffen werden, welchen weitgehende hochschulpolitische Steuerungskompetenzen übertragen werden, beispielsweise im Bereich der Finanzierung der Hochschulen. Schliesslich soll der Bund im Bereich der Weiterbildung Grundsätze festlegen. ■

Schreiben Sie uns!

Sind Sie anderer Meinung als eine «Freisinn»-Autorin oder ein «Freisinn»-Autor? Brennt Ihnen ein aktuelles Thema unter den Nägeln? Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform.

Folgende Regeln gilt es zu beachten:

Je kürzer die Zuschriften, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Es besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Es werden ausschliesslich Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern publiziert. Senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (E-Mail oder Diskette).

Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn»
z. H. Herrn Stefan Nobs, Postfach 6136, 3001 Bern
nobs@fdp.ch

Eine Schweiz in Bewegung – eine erfolgreiche Schweiz

Die FDP-Fraktion reichte in der Frühjahrssession Vorstösse zu den zentralen Projekten der FDP ein

«Eine intelligente Schweiz»



bedeutenden Beitrag an diese Stiftung leisten, indem er frei werdende Standorte der Schweizer Armee zur Verfügung stellt (z. B. Militärflugplatz Dübendorf).

Motion
NR Ruedi Noser
Angepasste Organisation für die KTI (04.3688)

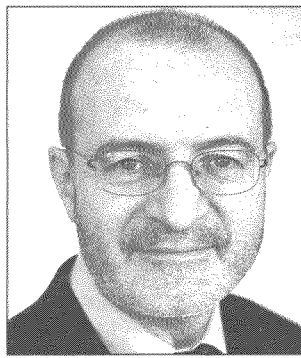
Postulat FDP-Fraktion
Gründung einer
Stiftung Forschung
Schweiz (06.3050)

Sprecher:
NR Ruedi Noser

Noch ist die Schweiz ein führender Forschungs- und Innovationsstandort. Die Zahlen belegen aber, dass die Schweiz in Bezug auf die Aufwendungen für die Forschung ins Hintertreffen gerät. Um diesem Trend entgegenzuwirken, verlangt die FDP-Fraktion, dass der Bundesrat die Machbarkeit einer «Stiftung Forschung Schweiz» prüft. Diese Stiftung soll in erster Linie Land und Infrastruktur für Bildungs- und Forschungszwecke zur Verfügung stellen. Der Bund könnte einen

Der zweite Vorstoss der FDP-Fraktion für eine «intelligente Schweiz» betrifft die Kommission für Technologie und Innovation (KTI). Diese Organisation des Bundes ist für den Transfer der Forschung in konkrete Projekte der Wirtschaft verantwortlich und übernimmt damit auch eine wichtige wirtschaftspolitische Funktion. Diese KTI soll in «Schweizerische Förderagentur für Technologie und Innovation» umbenannt werden und mehr Autonomie erhalten. Die heutige «Kommission» ist keine selbständige, entscheidungskompetente Verwaltungseinheit. Genau dies wäre aber die Voraussetzung, um den Technologietransfer effizient und erfolgreich zu fördern. ■

«Eine offene Schweiz»



Tatsache aus Sicht der FDP ungenügend. Zu wenig dezidiert wurde der Angriff auf die Meinungsfreiheit verurteilt. Die FDP-Fraktion verlangt deshalb eine dringliche Debatte zu diesem Thema in der Frühjahrssession.

Parlamentarische Initiative FDP-Fraktion
Verdoppelung des
Durchdiener-Anteils
(06.405)

Sprecher:
NR Didier Burkhalter

Das Gesetz beschränkt die Zahl der Durchdiener auf maximal 15% eines Rekruten-Jahrgangs. Dies entspricht rund 3000 Rekruten. Die FDP-Fraktion verlangt, dass diese Zahl auf 30%–resp. 6000 Personen – verdoppelt wird. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Modernisierung der Schwei-



Interpellationen
FDP-Fraktion
1. Karikaturen-Streit.
Einschränkung der
Meinungsfreiheit und
Gesinnungsneutralität
(06.3024)

2. Karikaturen-Streit.
Schweizer Haltung
betreffend Demokratie
und Meinungsfreiheit
auf internationaler
Ebene (06.6025)

Sprecher: NR Fulvio Pelli

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Grundrechte gehören zu den tragenden Verfassungsprinzipien der Schweiz. Sie bilden das Fundament der schweizerischen Staatsidee. Diese Werte vertritt die Schweiz sowohl in der Innen- als auch in der Aussenpolitik. Die Reaktion des Bundesrats auf die gewalttätigen Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Mohammed-Karikaturen war im Lichte dieser

zer Armee. Diese Durchdiener können sowohl für die Katastrophenhilfe, für Rettungsaktionen und subsidiäre Einsätze als auch für die Friedensförderung im Ausland eingesetzt werden. Durch die Erhöhung der Anzahl Durchdiener wird die Schweizer Armee flexibler und effizienter. Die Möglichkeit, den Militärdienst an einem Stück zu leisten, bringt auch für die Wehrpflichtigen und die Wirtschaft Vorteile. ■

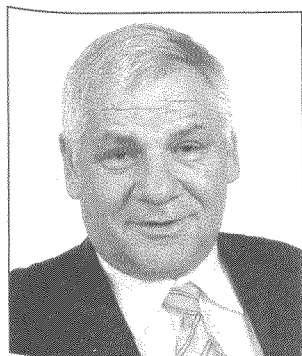
«Ich bin liberal, weil die Zukunft gestaltet werden will.»

Michael Jäger

«In der Schweiz sind die Menschen in der glücklichen Lage, die Freiheit zu besitzen, ihre Meinungen mitteilen zu dürfen und mitzubestimmen, was um sie herum läuft. Es ist eine grosse Verantwortung der Schweizer, dieses Gut zu halten. Demokratie erfordert Bildung, Toleranz, Anpassungen. Alles Anforderungen, die sich mit dem Wandel der Zeit verändern. Deshalb liberal.»

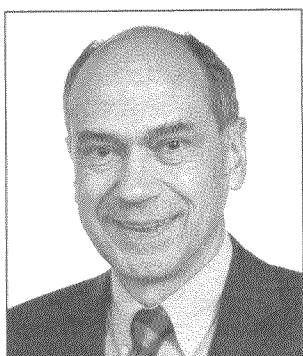
Fabio Bühlmann

«Eine wachsende Schweiz»



Interpellation SR Rolf Schweizer Freihandels- Perspektive für die Landwirtschaft (06.3021)

Als exportorientierte Wirtschaft ist die Schweiz auf offene Märkte angewiesen. Die FDP-Fraktion verlangt deshalb ein Freihandelsabkommen mit der EU im Bereich Landwirtschaft. Damit werden die angelaufenen Bestrebungen des Bundesrats in diesem Bereich mit Nachdruck unterstützt. Die Bauern erhalten damit Absatzmärkte für ihre Qualitätsprodukte und eine klare und positive Perspektive für ihre Zukunft.



Motion SR Peter Briner Schaffung des schweizerisch-amerikanischen Kooperationsforums und Abschluss von Wirtschaftsabkommen mit den USA (06.3022)

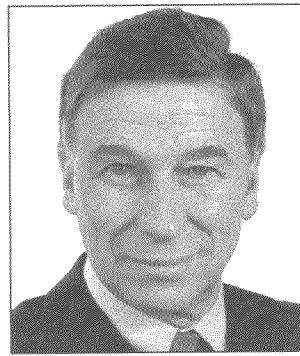
Verbessert werden müssen auch die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und den USA. Die FDP-Fraktion fordert den Bundesrat auf, ein Handels- und Investitions-Kooperationsforum zu schaffen. Im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen müssen Bürokratie und Handelsbarrieren zwischen der Schweiz und den USA abgebaut werden.



Motion FDP-Fraktion Förderung von Public-Private-Partnership (06.3045)

Sprecher:
NR Didier Burkhalter

Um das Ziel einer wachsenden Schweiz zu erreichen, sind die Herausforderungen auf breiter wirtschaftspolitischer Front anzupacken – sowohl im Inland als auch grenzüberschreitend. Um Aufgaben in Zukunft besser und kostengünstiger zu erledigen, wird der Bundesrat aufgefordert, vermehrt auf die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen zu setzen. Bei anstehenden Gesetzesrevisionen sind die Möglichkeiten einer Public-Private-Partnership systematisch zu prüfen.



Interpellation FDP-Fraktion Amgen: Lehren aus dem Ansiedlungsmisserfolg (06.3047)

Sprecher:
NR Gerold Bührer

Der Fall «Amgen» hat gezeigt, dass die Schweizerische Standortpromotion ungenügend ist. Im Gegensatz zu Irland, das schliesslich den Zuschlag für über tausend Arbeitsplätze erhielt, hat es in der Schweiz beispielsweise keine zentrale staatliche Anlaufstelle für Investoren dieses Formats. Die FDP-Fraktion will, dass die Schweiz in Zukunft gerüstet ist und die Chancen sehen und sie umsetzen kann. ■

Was bedeuten für Sie Freiheit, Verantwortung, Toleranz, Glück, Erfolg? Was ist für Sie die Schweiz? Warum sind Sie liberal? Machen Sie Ihre Meinung öffentlich und nehmen Sie an der Wertedebatte der FDP teil.

Auf der Internetseite www.wirliberalen.ch können Sie Ihr persönliches Statement abgeben und sich über die FDP-Strategie informieren.

«Ich bin liberal, weil ich überzeugt bin, dass das Individuum sich und seine Talente zum Nutzen für sich und die Gesellschaft am besten im Liberalismus entfalten kann.»

Pascal Merz

«Die Schweiz ist eine Willensnation. Freiheit, Demokratie und Wohlergehen sowie Eigenverantwortung der Bürger stehen im Mittelpunkt. Eigennutz ist verpönt, Leistung wird belohnt.»

Alfred Meyer

«Freiheit ist die Unabhängigkeit des Denkens. Nicht fremdbestimmt, sondern aus dem eigenen Geist heraus sollen sich Gedanken entwickeln und die Welt in ihrem Lauf bestimmen. Auf Aktion folgt Reaktion – wer agiert, führt.»

Urs Müdespacher

«Ich bin liberal, weil Solidarität keine Einbahnstrasse sein darf.»

Gaby Gossweiler

«Liberale Wurzeln bedeuten, den kleinen Unterschied zu kennen für eine erfolgreiche Zukunft in Freiheit und Verantwortung.»

Olivier Savoy

«Freiheit heisst, selbstbestimmt ohne Zwang in einer kapitalistischen Gesellschaft leben zu können.»

Michael Gisiger



Berlin – Kultur, Politik und Architektur

Programm der Reise vom 17. Mai bis 20. Mai 2006

Mittwoch, 17. Mai 2006

Anreise am Morgen

Direktflug Zürich–Berlin Tegel, Bus-transfer von Flughafen zum 4*-Hotel Hackescher Markt

Im Herzen Berlins, unmittelbar am Ufer der Spree, ist in alte Architektur neues Leben eingekehrt. Stilvolles Ambiente und gehobene Ausstattung verleihen dem 4-Stern-Haus eine ganz besondere Note. Vom Hotel Hackescher Markt aus erreichen Sie minutenschnell das Regierungsviertel, die Museumsinsel und die bekannte Berliner Strasse unter den Linden.

Mittagessen im Restaurant Käfer auf dem Dach des Reichtags.

Nachmittag

Gespräch mit dem politischen Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» über den deutschen Regierungswechsel. Gespräch mit FDP-Abgeordneten des Bundestages. Sie erhalten einen Einblick in das Spektrum der Bundespolitik. Wie arbeitet ein Bundestagsab-

geordneter, was für Mittel stehen ihnen zur Verfügung, was sind die Unterschiede zum schweizerischen Parlament? Nach einem kleinen Apéro besuchen wir das Plenum des Deutschen Bundestags.

Abend

Gemeinsames Abendessen in der Innenstadt (fakultativ).

Donnerstag, 18. Mai 2006

Frühstück im Hotel

Morgen

Empfang in der Bundesparteientrale der FDP. Einführung in die Strukturen der FDP, die Wahlen 2005, die grosse Regierungskoalition einerseits, die Arbeit der Opposition andererseits. Die neue Bundeskanzlerin und die Regierungsverantwortung. Gespräch mit Führungskräften der FDP.

Nachmittag

Empfang in der Schweizerischen Botschaft und Gespräch über die bilateralen Beziehungen Schweiz–Deutschland. Wie wirkt sich der Re-



gierungswechsel auf die Politik der Botschaft aus? Pressearbeit und anderes mehr.

Flick-Collection

Der Kurator des Hamburger Bahnhofs (Museum für Gegenwart) und der Flick-Collection führt durch die aktuelle Ausstellung und gibt aus der Sicht des Kunsthistorikers Einblick in die Entstehung der rund 2500 Werke umfassende Privatsammlung von Friedrich Christian Flick wird in jährlich wechselnden Ausstellungen in der 320 Meter langen Rieckhalle, dem einstigen Speditionslager des Hamburger Bahnhofs, gezeigt.

Abend

Nachtessen im Restaurant Josefine, Variétébesuch (fakultativ)

Mitten in Berlin steht Europas grösste Revuebühne – im Friedrichstadtpalast. Die längste Girlreihe der Welt und eine atemberaubende Bühnentechnik sorgen für Glitzer und Glamour. Glanzlichter heisst die neueste Produktion Berlin – Paris – New York. 3 Weltstädte, die für bestes Entertainment stehen. Die Reise in die Welt, in die Welt der Revue, beginnt in Berlin, sie führt vom Cabaret der 20er Jahre auf die Bühnen des Broadway, macht Station bei der Berliner Ope-

rette und zeigt die Faszination der grossen Pariser Revue.

Freitag, 19. Mai 2006

Frühstück im Hotel

Morgen

Der Morgen steht zur freien Verfügung.

Hier einige Tipps:

Flanieren Sie vom Wittenbergplatz über die Tauenzienstrasse zum Ku'damm und unternehmen dann einen Designer-Bummel. Oder spazieren Sie entlang der Friedrichstrasse, von einem Quartier zum anderen. In Prenzlauer Berg gibt es hübsche Boutiquen und viele Secondhandläden. Tolle kleine, schräge Schnäppchen finden Sie rund um die Hackeschen Höfe.

Nachmittag

Besuch des IDZ: Informations- und Dokumentations-Zentrum der Staatssicherheit. Über die Arbeit der Stasi (u. a. Überwachungstechnik) und die Arbeit der Gauck-Behörde («Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staats-Sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR», Gründung 1992). Anschliessend mit einem ehemaligen Unteroffizier der NVA Kommando Grenze zum Checkpoint Charlie, dem wohl bekanntesten Ost-West-Übergang.



Rudi Thurow, ein ehemaliger Unteroffizier der NVA Kommando Grenze begleitet uns und erzählt u. a. von seiner Desertation aus Ostberlin.

Abend

Apéro und Abendessen im «Internationalen Club im auswärtigen Amt» mit Gästen aus Politik und Kultur (u. a. Roger Köppel, Chefredaktor von «Die Welt»).

Der internationale Club im auswärtigen Amt ist kein öffentliches Restaurant und wird vor allem von Politikern und Clubmitgliedern frequentiert.

Samstag, 20. Mai 2006

Frühstück im Hotel und Check-out

Architektur

Glänzende Neubauten

Berlin baut, immer noch und immer weiter. Aber die wichtigsten Projekte, von Potsdamer Platz bis Kanzleramt, sind vollendet. Zeit für eine Zwischenbilanz: Was ist aus den kühnen Plänen geworden? Wo leuchten die architektonischen Highlights der neuen Hauptstadt? Wir sind mit einem Berliner Architekten unterwegs. Ein Beispiel, Hans-Kollhoff-Hochhaus: «Um die Angst der Berliner vor Hochhäusern zu überwinden, gestaltete der Architekt Hans Kollhoff seinen Daimler-Benz-Turm am Potsdamer Platz im legendären Stil amerikanischer Wolkenkratzer» – Berliner Architekt-

tur aus der Sicht des Fachmannes.

U-Bahn

Potsdamerplatz – Jannowitzbrücke mit der U-Bahn

Schiff

Berlin aus neuer Perspektive: Ab Jannowitzbrücke bis Schloss Charlottenburg auf der Spree

Mittagessen

Auf dem Schiff (fakultativ)

Charlottenburg

Berlin war über Jahrhunderte der Sitz von Kurfürsten, Königen und Kaisern. Das Schloss Charlottenburg ist wohl das prunkvollste Schloss der Hohenzoller Familie. Obwohl das Schloss im Krieg stark beschädigt wurde, konnte inzwischen der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt werden. Eine Kunsthistorikerin führt sowohl durch die prunkvollen Schlossräumlichkeiten als auch durch die herrliche Parkanlage.

Apéro

Apéro im Schlosspark mit Überraschungsgast

Zvieri

Zvieri in einem Gartenrestaurant an der Schlossstrasse

Rückreise am Abend

Der Bus holt uns beim Schloss Charlottenburg ab.

Transfer zum Flughafen und Direktflug Berlin–Zürich.

Ständerat Fritz Schiesser begleitet die Freisinn-Leser nach Berlin



Der Ständeratspräsident von 2003/2004 wird die Freisinn-Leser nach Berlin begleiten. Schiesser ist Mitglied der Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur, für Wirtschaft und Abgaben sowie für Rechtsfragen. Seit 1985 ist er Mitglied des Glarner Landtages. Der promovierte Jurist betreibt in Glarus ein Anwalts- und Notariatsbüro.

Leistungen:

- Flug Zürich–Berlin–Zürich mit Swiss (Touristenklasse)
- Berliner Welcomecard, gültig für alle Verkehrsmittel in Berlin
- Alle Transfers und Fahrten
- 3 Übernachtungen in einem 4-Sterne-Hotel in Berlin-Mitte, inklusive Frühstück, Service und Taxen
- Mahlzeiten gemäss Ausschreibung
- Führungen und Ausflüge gemäss Programm
- Reisebegleitung

Exklusiv:

- fakultative Mahlzeiten
- Getränke
- Besuch Revuetheater
- Persönliche Ausgaben
- Annullationskostenversicherung
- Flughafentaxen
- Taxi
- Trinkgelder

Preis im Doppelzimmer pro Person: Fr. 1750.–

Einzelzimmerzuschlag: Fr. 320.–

Programmänderungen ausdrücklich vorbehalten.

Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen



Anmeldetalon

- Ich melde mich definitiv für die Reise vom 17. bis 20. Mai 2006 an.
- Ich bin an der Berlin-Reise interessiert. Bitte schicken Sie mir weitere Unterlagen.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: FDP Schweiz, Redaktion Schweizer Freisinn, Postfach 6136, 3001 Bern oder an nobs@fdp.ch

Anmeldeschluss ist der 13. April 2006

FDP lanciert die liberale Städtepolitik

Massgeschneiderte Politik für die Motoren der Schweiz

Über 100 freisinnige Vertreterinnen aus Stadtparteien, städtischen Parlamenten und Stadt-Exekutiven haben sich in Biel zur Fachtagung «Eine zukunftsgerichtete Politik für die Städte und Regionen» getroffen.

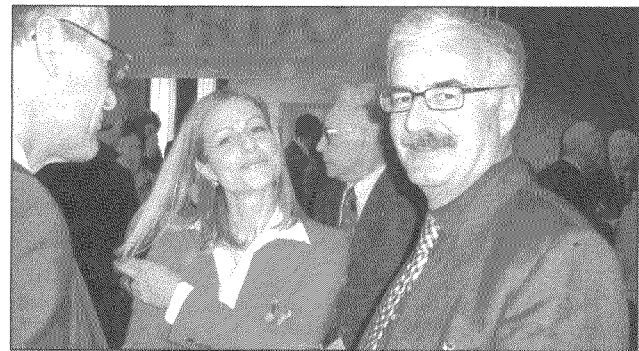
Neben einer Auslegeordnung zu den aktuellen Problemen der Städte wurde ein freisinniges Städtetzwerk installiert. Dieses soll

Synergien zwischen den Städten schaffen. Weitere Veranstaltungen zur Politik der Städte sind vorgesehen.

In der Schweiz existiert keine Politik, welche die Bedeutung der urbanen Zentren berücksichtigt. Dies hat zur Folge, dass die Städte und Agglomerationen zu wenig berücksichtigt werden. Die FDP will dies mit einer Offensive für eine liberale Städtepolitik

ändern, weil die urbanen Gebiete die eigentlichen Motoren der Schweiz sind. Die Anliegen und Probleme der Städte sollen vermehrt auch auf Bundesebene gehört und diskutiert werden. Anlässlich der Fachtagung wurde eine breite Auslegeordnung der bestehenden Probleme vorgenommen. Diese gehen von finanziellen Zentrumslasten über Aspekte der Sozialpolitik und der Raumplanung bis zu Fragen des Verkehrs in den Städten und Agglomerationen. Grosse Schwierigkeiten bieten den Städten auch die Grenzen. Für Städte wie Basel und Genf sind dies Landesgrenzen, für viele andere Zentren häufig die Kantonsgrenzen. Der Bund könnte hier Anreize schaffen, damit die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene besser funktioniert.

Die aufgezeigten Probleme sollen nun weiter vertieft werden. Zu diesem Zweck sind spezifische Veranstaltungen zu konkreten Themen vorgesehen. Zudem



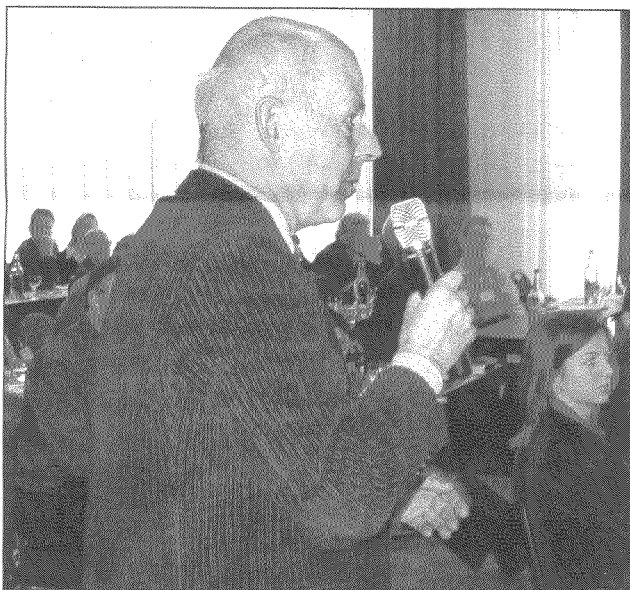
Kurt Flury, Nationalrat und Stadtpräsident von Solothurn, Carla Speziali, Stadtpräsidentin von Lugano und Marcel Guignard, Präsident Schweizerischer Städteverband.

schafft die FDP ein Netzwerk, welches freisinnige Stadt-Politikerinnen und -Politiker miteinander verbindet. Dazu werden eine Internetplattform geschaffen und vier Arbeitsgruppen installiert:

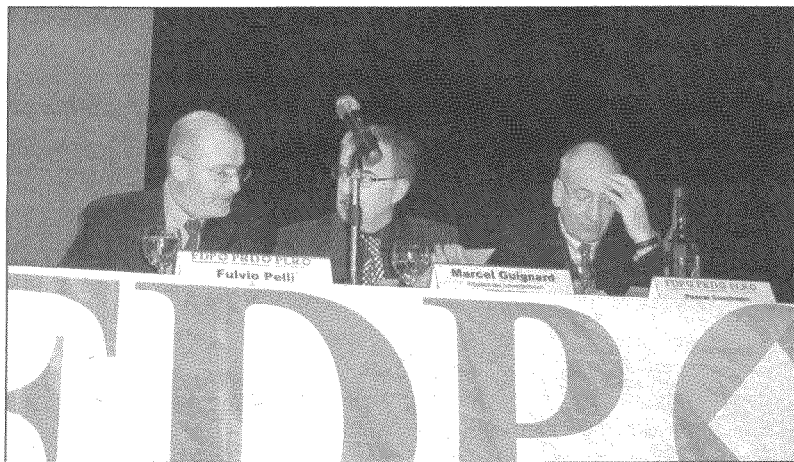
- Die Arbeitsgruppe «urbane Intelligenz» wird sich den bildungsspezifischen Fragen der Städte widmen.
- Die Arbeitsgruppe «urbanes Wachstum» befasst sich mit dem weiten Feld von Wirtschaft, Verkehr und Steuern.
- Die Arbeitsgruppe «urbane Gerechtigkeit» fo-

kussiert auf die spezifische Situation der Sozialpolitik und der Wohnungsnot in den Städten, aber auch auf Finanzausgleich und Zentrumslasten.

- Die Arbeitsgruppe «urbane Offenheit» wird liberale Themen im Bereich der Kultur, Integration, Öffnungszeiten und so weiter thematisieren.
- Diese Arbeitsgruppen werden konkrete Probleme diskutieren und Lösungsvorschläge unterbreiten.



Das Publikum wurde in die Diskussion miteinbezogen.



Parteipräsident Fulvio Pelli, Marcel Guignard, Präsident des Schweizerischen Städteverbandes, und Bundesrat Pascal Couchepin (v. l. n. r.).



Zahlreiche Teilnehmer lauschten den verschiedenen Voten.

Einladung

Ordentliche Delegiertenversammlung FDP Schweiz

1. Teil – Freitag, 31. März 2006, 16.45 Uhr
 2. Teil – Samstag, 1. April 2006, 9.00 Uhr

Schützen- und Gesellschaftshaus
 Kasernenstrasse
 8750 Glarus

**«Eine Schweiz in Bewegung –
 Eine erfolgreiche Schweiz»**

Intelligente Schweiz
 www.fdp.ch

Freitag, 31. März 2006**Parteilgliedern (Hotel Glarnerhof)**

- 11.30–13.30 Uhr: Sekretärenkonferenz
 14.00–16.00 Uhr: Präsidentenkonferenz/Geschäftsleitung

Delegiertenversammlung 1. Teil

16.45 Uhr *Eröffnung der Delegiertenversammlung und Begrüssung*
 Pankraz Freitag, Regierungsrat (GL)

Grusswort des Parteipräsidenten
 Fulvio Pelli, Nationalrat (TI)

*Eine offene Gesellschaft setzt mehr Kultur
 und Bildung voraus*
 Pascal Couchepin, Bundesrat

Publikumsfragen an Bundesrat Couchepin

Bildungsverfassung

«Eine Schweiz in Bewegung – eine erfolgreiche Schweiz:
 Intelligente Schweiz»

*Bildungsverfassung als freisinniges Projekt und Teil der
 Strategie der FDP*

Christa Markwalder Bär, Nationalrätin (BE)

*Was bringt die Bildungsverfassung für die Grundschule?
 Was bringt die Bildungsverfassung für die Hochschulen?*

Hans Ulrich Stöckling, Regierungsrat SG
 Vorsteher des Erziehungsdepartements
 Präsident der Konferenz der kantonalen Erziehungs-
 direktoren EDK

Diskussion**Parolenfassung****Statutarische Geschäfte**

- Jahresbericht des Fraktionspräsidenten
- Jahresbericht des Generalsekretärs

18.30 Uhr Apéritif im Rathaus

20.00 Uhr Nachtessen (Schützen- und Gesellschaftshaus)
Anmeldung unbedingt erforderlich!

Samstag, 1. April 2006**Delegiertenversammlung 2. Teil**

09.00 Uhr *Eröffnung des 2. Teils der Delegiertenversammlung
 und Begrüssung*

Marianne Dürst, Regierungsrätin GL,

Präsidentin FDP-Frauen Schweiz

Rede des Parteipräsidenten

Fulvio Pelli, Nationalrat TI

«Intelligente Schweiz»*Einleitung*

Ruedi Noser, Nationalrat ZH

Vizepräsident FDP Schweiz

Speranza – eine Freisinnige Erfolgsgeschichte

Christine Mangold, Kantonsrätin BL

Leistung muss sich lohnen – vor allem in der Bildung

Dora Andres, Regierungsrätin BE

Diskussion und Abstimmung

1. Chancengerechte Startbedingungen und individuelle Förderung
2. Frühere Einschulung
3. Evaluation und Vergleichbarkeit der Leistungen
4. Investitionen in Lehrpersonal und Bildungsvermittler
5. Exzellenz im (Fremd-)Sprachenunterricht
6. Freie Schulwahl auf Gymnasialstufe

Stiftung Forschung Schweiz

Präsentation des Projekts

Ruedi Noser, Nationalrat ZH

Vizepräsident FDP Schweiz

*Podiumsdiskussion – Moderation: Filippo Leutenegger,
 Nationalrat ZH*

■ Peter Gomez, Rektor der Universität St. Gallen

■ Alexander Zehnder, Präsident des ETH-Rats

■ Isabelle Moret, Kantonsrätin VD

■ Ruedi Noser, Nationalrat ZH

Diskussion**Abstimmung**

Verabschiedung der Delegierten

Roland Schubiger, Präsident FDP Glarus

ca. 13.00 Uhr Schluss der Delegiertenversammlung und Apéritif

Kontakt und weitere Auskünfte:

FDP Schweiz

Generalsekretariat

Neuengasse 20

Postfach 6136

3001 Bern

Tel. 031 320 35 35

Fax 031 320 35 00

info@fdp.ch

www.fdp.ch

Stiftung Forschung Schweiz

Dübendorf – vom Flugplatz zum internationalen Forschungszentrum Schweiz

In einer wissensbasierten Volkswirtschaft gehören Technologie, Innovation und Unternehmertum zu den Motoren des Wirtschaftswachstums. Die Situation in der Schweiz ist diesbezüglich uneinheitlich. Ein substanzieller Effort ist angebracht. Eine Stiftung «Forschung Schweiz» könnte den notwendigen Schub bewirken.

Von FDP-Nationalrat Ruedi Noser, Hombrechtikon ZH

Die Schweiz befindet sich im Vergleich mit anderen hoch entwickelten OECD-Ländern bezüglich des Indikators Anteil der gesamten Forschungsausgaben am BIP sowie des Indikators Ausgaben für F&E der Industrie am BIP in der Spitzengruppe. Die dynamische Betrachtung zeigt jedoch, dass die Zuwachsraten der Schweiz bei beiden Indikatoren im internationalen Vergleich zu den niedrigsten gehören. Sodann liegt der staatliche Anteil der Forschungsausgaben unter dem OECD-Durchschnitt. Im Bereich der staatlichen Forschungsfinanzierung fällt weiter auf, dass der Anteil, welcher für Biotechnologieförderung oder den Gesundheitsbereich verwendet wird, eher gering ist. Im Forschungs-Output hält die Schweiz eine Spitzenposition, die Forschung in der Schweiz ist effizient.



Ruedi Noser

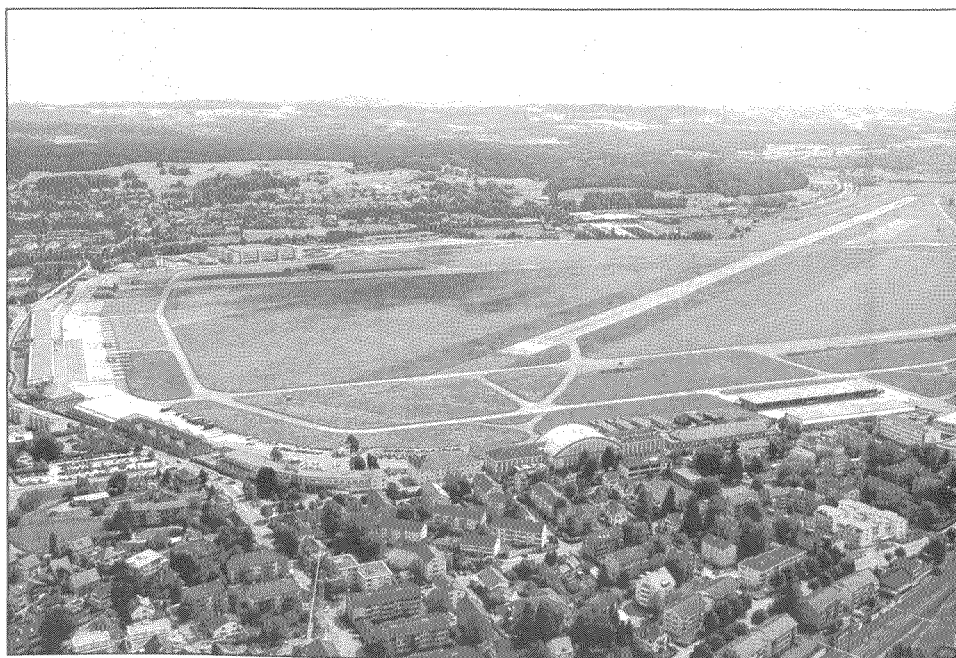
Allerdings hat sich unser Land bezüglich Patente pro Kopf während der Neunzigerjahre relativ verschlechtert, ohne jedoch die Spitzenposition abzugeben. Betrachtet man nur die Patente im Biotechnologie- und Informationstechnologiesektor, so schneidet die Schweiz schlecht ab. Forschung und Entwicklung ist in vielen Bereichen äusserst kostspielig, so etwa in der Medizin, in der Bio- und Nanotechnologie oder in der Informationstechnologie. In der globalisierten Wirtschaft und unter dem steigenden Kostendruck sind die Unternehmen zu einer engeren Zusammenarbeit, zu Allianzen und Kooperationen gezwungen. Privatunternehmen, Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen sollen helfen, den Ressourceneinsatz und die Forschungsergebnisse zu optimieren. Von multidisziplinären Forschungszentren gehen Impulse aus, welche zur Gründung neuer Unternehmen und Industriezweige führen. Nur eine

überdurchschnittliche Innovationskraft wird der Schweiz auch in den nächsten Jahren den hohen Lebensstandard und Wohlstand sichern. Die Schweiz der Zukunft ist eine intelligente Schweiz, der es gelingt, die besten Köpfe als Forscher und Auszubildner in die Schweiz zu holen.

In Anbetracht dieser Ausgangslage stellt sich die Frage, welchen zusätzlichen substanziellen Effort die öffentliche Hand an den Forschungs- und Entwicklungsstandort Schweiz leisten kann. Dies besonders unter Berücksichtigung der angespannten Finanzsituation, in welcher der Bund steckt. Die hier als Diskussionsbeitrag offerierte Idee sieht für einen solchen Beitrag folgende Eckwerte: Der

Bund leistet zur Bildung einer «Stiftung Forschung Schweiz» einen bedeutenden Beitrag, indem er frei werdende Standorte (zum Beispiel den im Rahmen des neuen Stationierungskonzepts der Schweizer Armee frei werdenden Militärflugplatz Dübendorf) zur Verfügung stellt oder andere brachliegende Flächen zur Nutzung freimacht oder -gibt. Als Stifter sind neben der Eidgenossenschaft auch die Standortkantone mit einzubeziehen, die sich entsprechend der Bedeutung des Standortes engagieren. Die Stiftung soll möglichst unabhängig von der Politik geführt werden. Sie ist auf drei Ziele auszurichten: auf die Bereitstellung von Land und Infrastruktur für Forschungs-

zwecke, die Allokation von Erlösen aus dem Landverkauf an die Forschung sowie die Bildung einer strategischen Landreserve für die Bewältigung von Ansiedlungen von Industrien aus dem Hochtechnologiebereich. Der Militärflugplatz Dübendorf könnte ein Kernelement der Stiftung Forschung Schweiz bilden. Die Grösse des Geländes, die zentrale Lage, die Anbindung an Universität und ETH sowie die Flughafennähe bilden Voraussetzungen für einen Campus von europäischer Bedeutung.

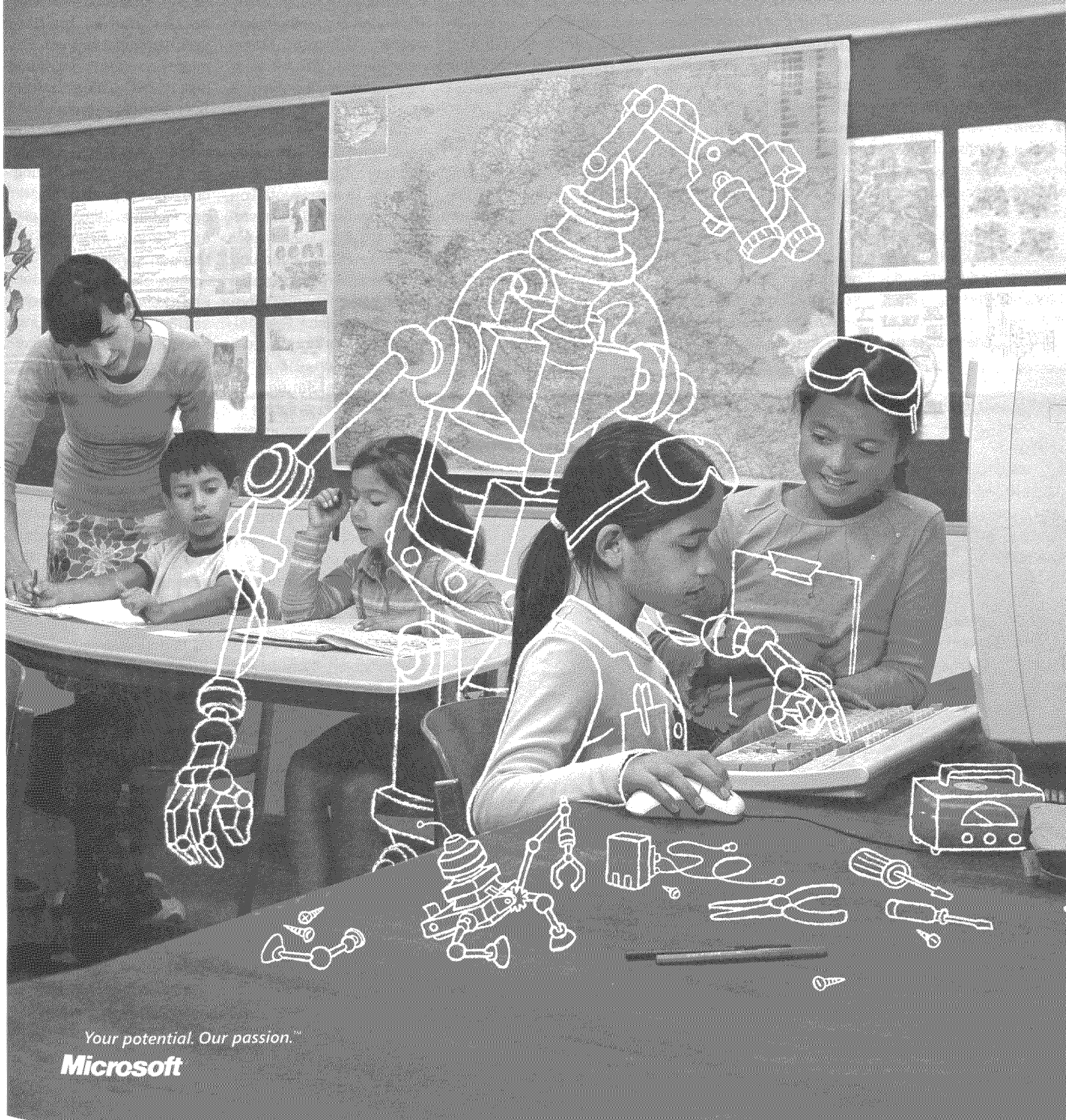


Militärflugplatz Dübendorf: Entsteht hier bald das internationale Forschungszentrum Schweiz?

Wir sehen die Talente von morgen.

Kinder haben ein Recht darauf, zu lernen und dabei ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Daher ermöglichen wir mit unserer globalen Bildungsinitiative «Partners in Learning» Schweizer Primarschulen den Erwerb von Microsoft Software zu speziell günstigen Konditionen. Denn wir möchten, dass Kinder ihre Talente voll entfalten können, um fit für die Zukunft zu werden.
www.microsoft.com/switzerland/potential/de

Microsoft Education



Your potential. Our passion.™

Microsoft

Liberaler Lösungen für eine intelligente und gerechte Schweiz

Rückblick auf die erfolgreiche Generalversammlung 2006

Die diesjährige Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz fand mit mehr als 120 Delegierten und Gästen am 4. März im Alten Spital in Solothurn statt. Die FDP-Frauen sagen Ja zur Bildungsverfassung. Für eine «intelligente Schweiz» braucht es aber noch weitere Harmonisierungsschritte und bessere Tagesstrukturen. Ausserdem diskutierten die FDP-Frauen positive Anreize und Massnahmen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen sowie den Aufstieg von Frauen in Kaderpositionen zu erleichtern.

Mehr als 120 Mitglieder, Delegierte und Gäste – darunter auch Parteipräsident Fulvio Pelli, Vizepräsident Léonard Bender sowie der

Stadtpräsident und Nationalrat Kurt Fluri – sind den heftigen Schneefällen trotzend am 4. März nach Solothurn ins Alte Spital gekom-

men, um an der Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz teilzunehmen und die Wiederwahl ihrer Präsidentin Marianne Dürst in den Glarner Regierungsrat mit Ovationen zu feiern. Die Reise hat sich gelohnt: während über vier Stunden wurden Wissen vertieft, Debatten geführt und Netzwerke gepflegt.

Gefeierte Präsidentin

Marianne Dürst verwies in ihrer Begrüssungsansprache mit Blick auf die Unter-

vertretung der Frauen in der Wirtschaft auf die Dringlichkeit von konkreten Massnahmen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vor kurzem wurde der Gleichstellungsbericht der EU-Kommission publiziert. Dieser zeigt auf, dass die Erwerbsquote von Frauen in der EU zwar stetig steigt, dass Frauen aber primär Teilzeit arbeiten und tendenziell im Niedriglohnsegment beschäftigt sind. Die exakt gleiche Feststellung gilt leider auch für die Schweiz: Auch 10 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsgesetzes besteht Handlungsbedarf. Die Analyse der Volkszählung 2000 hat gezeigt, dass eine ausgeprägte Segregation bei der Erwerbsbevölkerung besteht – und zwar in einen männlich geprägten Vollzeitsektor und einen weiblich geprägten Teilzeitsektor.

Zwar ist es so, dass Teilzeittellen vielen Müttern die Möglichkeit bieten, Familie und Beruf zu verbinden. Aber man muss sich bewusst sein, dass sich die Teilzeit-Erwerbstätigkeit negativ auf das Einkommen, die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und nicht zuletzt auch auf die Leistungen der Sozialversicherungen auswirkt.

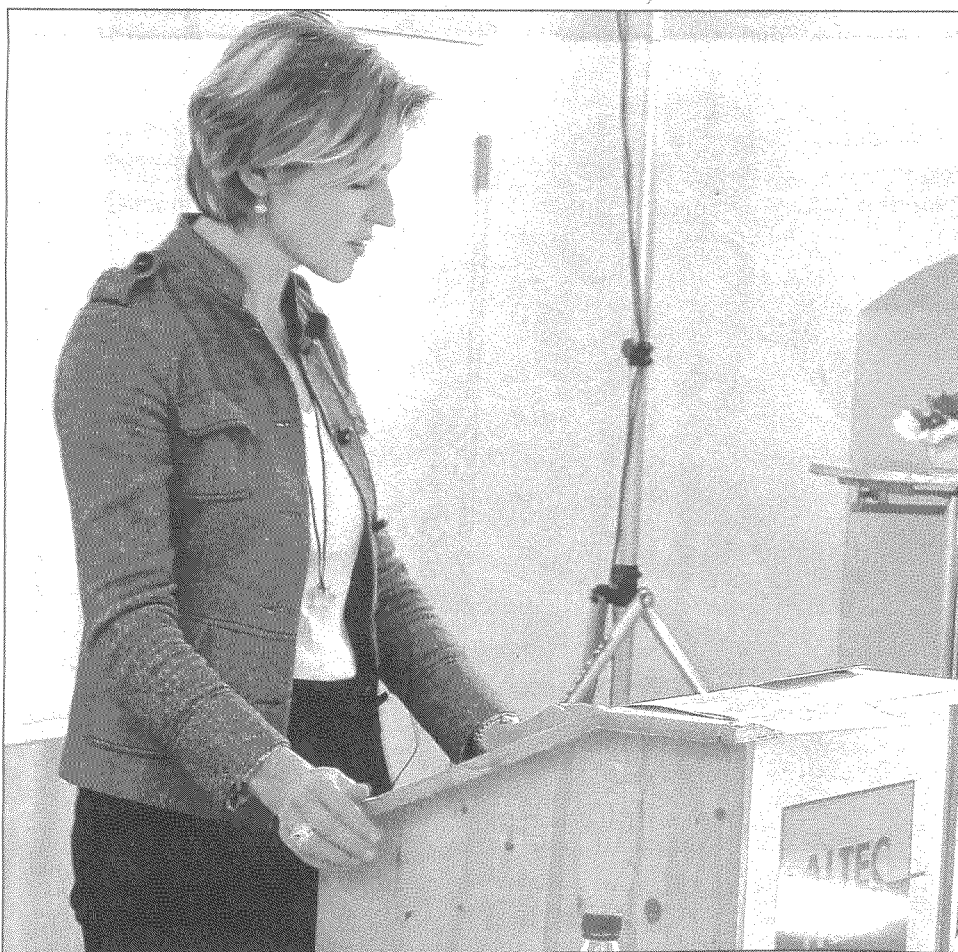
Familienpolitische «road map» mit Fragezeichen

Die EU-Kommission hat Ende Februar ihre Pläne für

eine «road map», also eine Art Leitfaden für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf angekündigt. Und was tut die Schweiz? Wo stehen wir in der politischen Auseinandersetzung? Tun wir genug in Sachen Gleichstellung und Familienpolitik? Tun wir das Richtige, damit «Kinder und Karriere» nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen eine echte Option und keine Utopie mehr sind? Marianne Dürst folgerte, dass es für eine «gerechte Schweiz» einen raschen Übergang hin zur Individualbesteuerung braucht. Von der Wirtschaft erwarten die FDP-Frauen modernere Unternehmensstrukturen mit der Möglichkeit zu flexibleren Arbeitszeitmodellen, Job-Sharing und Telearbeit sowie firmeneigene Diversity-Strategien. Hinzu kommen die dringenden Anpassungen im Bildungsbereich, womit denn auch der Bogen zum zweiten Teil der Generalversammlung geschlagen wurde: Blockzeiten, Mittagstische, Tagesschulen sowie weitere Anstrengungen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung.

Betreuungsgutschriften als Alternative

Kritisch äusserte sich die FDP-Frauen-Präsidentin zur geplanten Vereinheitlichung und Erhöhung der Kinderzulagen. Gesellschaftliche



Die FDP-Frauen feierten die Wiederwahl ihrer engagierten Präsidentin, Regierungsrätin Marianne Dürst aus Glarus.

Strukturen werden zementiert, und die Vereinheitlichung bringt weder den Frauen noch bestimmten Typen von Familien konkret etwas. Mit einem an die Erwerbstätigkeit geknüpften Betreuungsgutschriften-Modell könnten die Weichen für eine «gerechte Schweiz» gestellt werden. Dürst versprach, sich bei der freisinnig-liberalen Fraktion für die Weiterverfolgung dieses Modells stark zu machen.

Gewinnende Swiss-Award-Gewinnerin

Swiss-Award-Gewinnerin und Politikerin des Jahres Carla Speziali, Stadtpräsidentin von Locarno, berichtet in ihrem Referat «Elternschaft auf Führungsebene – eigentlich (k)ein Problem» von ihren ganz persönlichen Erfahrungen als Mutter, Berufsfrau und Politikerin. Sie warb dafür, die verschiedenen Aufgaben nicht einfach als Problem, sondern als Herausforderung und

Chance zu betrachten. Sie kritisierte aber die bleibenden Lohnunterschiede, die Untervertretung von Frauen in Politik und Wirtschaft und die unterschiedliche Wahrnehmung von Frauen in der Öffentlichkeit. Eine Frau in der Politik müsse «angenehm und erst noch tüchtig sein». Des Pudels Kern traf sie mit ihrer Bemerkung «Zu Zeiten der alten Römer sagte man, die Ehefrau des Cäsars müsse über jeden Tadel erhaben sein. Heute ist es Cäsar, der Ehemann der Frau, der oft über ihren Erfolg oder Misserfolg in der Politik zu bestimmen vermag»...

Einstimmig für Bildungsverfassung

Der zweite Teil der Generalversammlung war der «intelligenten Schweiz» gewidmet. Mit interessanten Ausführungen und engagierten Voten warben Prof. Stefan Wolter, Direktor der eidgenössischen Koordinationsstelle für Bil-



Interessante Runde (v. l. n. r.): Beat Kappeler (Publizist), Carla Speziali (Swiss-Award-Gewinnerin), Sanja Ronga (BPW Switzerland), Diskussionsleiterin Stéphanie Germanier (Le Temps), Petra Huth (Credit Suisse), Markus Schalch (Swisscom).

dungsforschung, Ruth Gisi, die vormalige Bildungs- und Erziehungsdirektorin des Kantons Solothurn, sowie Ständerätin Christiane Langenberger und Nationalrätin Christine Eger-

szegi für die Bildungsverfassung.

Offensichtlich mit Erfolg: Die FDP-Frauen Schweiz sagten einstimmig Ja zur Bildungsverfassung. Sie sehen, die Vorlage ist ein erster wichtiger Schritt hin zur «intelligenten Schweiz». Sie liegt im Interesse der Kinder, Eltern, Lehrkräfte und der Wirtschaft. Sie schafft die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Schweizer Bildungssystems in einem internationalen Umfeld.

Die FDP-Frauen betrachten aber die Verfassungsänderung nur als ersten Schritt in einem wichtigen Prozess. Sie setzen sich seit Jahren für eine Harmonisierung sowie bessere Tagesstrukturen in der Schweizer Bildungslandschaft ein. Nur so kann dem gesellschaftlichen Wandel und dem Bedürfnis nach mehr Mobilität Rechnung getragen, aber auch die Partizipation von Frauen gefördert werden.

Die FDP-Frauen erwarten, dass das Projekt HarmoS mit voller Kraft vorangetrieben wird.

Gegen Lernverbote

Die Schaffhauser Sprachen-Abstimmung betrachten sie als grossen Erfolg. Die FDP-Frauen sind entschlossen, auch in anderen Kantonen entschieden gegen Lernverbote und für eine Harmonisierung des Bildungssystems zu kämpfen.

Herzlichen Dank den Solothurnerinnen

Ein herzliches Dankeschön gebührt den FDP-Frauen der Stadt und des Kantons Solothurn. Nicht nur die interessanten Voten und Debatten, sondern insbesondere auch die wunderbare Gastfreundschaft und die vielen als Vorboten des Frühlings aufgestellten bunten Primula trugen zu einem gelungenen Event im Alten Spital bei. ■



Full house – über 120 Mitglieder, Delegierte und Gäste kamen nach Solothurn. Gastgeberin Annekäthi Schluop (v. r.) folgte den Ausführungen.

Gibt es einen konstruktiven Liberalismus?

Von Silvan Amberg,
Vorstandsmitglied jfs,
St. Gallen

«Wir sind die positive Kraft der Schweiz», formulierte Parteipräsident Pelli und erkannte damit eines der zentralen Imageprobleme der Freisinnigen. Das Image der Destruktiven, welche Bestehendes anzweifeln, aber kaum greifbare Visi-

onen bieten. Freiheit und Wirtschaftswachstum sind zwar allgemein anerkannte Werte, sobald der Weg dazu jedoch über Entbehrungen führt, wird seine Kommunikation zum politischen Selbstmord.

Will man auf die wichtigen Probleme der heutigen Zeit (Arbeitslosigkeit, kollabierende Sozialwerke) eine liberale Antwort geben, so wird diese Antwort stets ne-

gativ sein. Sei es die Abschaffung von wirtschaftsfeindlichen Gesetzen, sei es die Erhöhung des Rentenalters oder die Kürzung des Leistungskatalogs der Krankenkasse – überall wird Schutz und Leistung abgebaut, überall wird zerstört. Dass dieser Abbau im Endeffekt die einzige Chance für die Sicherung unseres Wohlstands ist, mag parteiintern unumstritten sein, in

der Bevölkerung ist sie es nicht.

Nun soll aus der «weniger Staat»-Partei plötzlich die «positive Kraft» werden? «Endlich», sagen die einen, «Linksrutsch», schimpfen die anderen. Die Partei bildet strategische Arbeitsgruppen, welche verzweifelt versuchen, konstruktive politische Vorstösse zu erarbeiten, ohne dabei den Grundsatz der Eigenverantwortung zu verletzen. Arbeitstätige Mütter könnte man unterstützen. Das wäre sozial und würde auch bei der Zielgruppe Frauen gut ankommen. Man könnte sie mit Steuerabzügen unterstützen. Das würde zwar nur den Reichen helfen, aber zumindest hätte man nicht dieselben Positionen wie die SP.

Die Partei steckt im Dilemma, eine positive Kraft sein zu wollen, ohne den Staat auszubauen. Politisch ist dies nicht möglich, der Versuch führt zu Widersprüchen und zu zwei polarisierenden Dogmen: «Freiheit vom Staat» und «Freiheit durch Staat». Gibt es denn keine Möglichkeit für den Freisinn, konstruktiv zu sein, ohne seinen Grundsätzen zu widersprechen? Ich behaupte, es gibt einen Ausweg. Doch dieser liegt paradoxerweise nicht in der Politik. Die FDP ist die einzige Partei, welche sich konsequent für weniger Staat einsetzt, nicht weil sie asozial ist, sondern weil sie weiss, dass private Lösungen meist wirkungsvoller sind als staatliche Eingriffe. Doch dies zu glauben reicht nicht. Es muss kommuniziert werden. Der Bevölkerung muss bewie-

sen werden, dass eine Gesellschaft mit einem zurückhaltenden Staat funktioniert. Es gibt genügend Freisinnige, welche sich in der Gesellschaft engagieren – durch Freiwilligenarbeit, indem sie Lehrstellen schaffen usw. Nur tun sie dies nicht mit System und nicht als Freisinnige. Will die FDP ihr kaltes Image ablegen, so muss sie sich vermehrt auch über nicht-politische Aktionen profilieren. Lehrstelleninitiativen wie Speranza in Basel oder der KMU-Preis sind erste Ansätze, doch wir haben erst einen winzigen Teil unseres Potenzials ausgeschöpft. Denkbar sind Aktivitäten im Bereich Sport, Kultur oder Bildung. Auch die Idee einer Onlinevermittlung für familienergänzende Kinderbetreuung von Reto Wettstein (JFDP Aargau) ist weiterzuerfolgen. Wichtig ist bei diesen Engagements, dass sie unter dem Label der FDP laufen und von der Partei unterstützt werden.

Viele mögen dies nicht als Aufgabe einer politischen Partei ansehen. Ich behaupte aber, für eine liberale Partei ist es von entscheidender Bedeutung. Wir werden mit unseren Forderungen nach weniger Staat nur Erfolg haben, wenn wir den Menschen eine Alternative bieten können und diese auch vorleben. Denn Freisinn ist nicht nur ein politisches Programm, sondern eine Weltanschauung und eine Lebenshaltung. In diesem Sinne: Bleiben wir unseren Grundsätzen treu und werden wir die positive Kraft der Schweiz!

Veranstaltungen

Einladung



jungfreisinnige schweiz
jeunes radicaux suisses
giovani liberali radicali svizzeri
giuven liberals svizzers

Fachtagung und Ausbildungsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der jcvp und Swiss Life

Altersvorsorge in der Schweiz heute und morgen – Ihr nächstes Wahlkampfthema?

Samstag, 6. Mai 2006, in Zürich
Samstag, 13. Mai 2006, in Lausanne

Programm

09.00 Uhr	Begrüssung Dr. Rolf Dörig, Präsident der Konzernleitung Swiss Life (in Zürich) Paul Müller, CEO Schweiz Swiss Life (in Lausanne)
09.15 Uhr	Fachlicher Input Vorsorge
10.30 Uhr	Workshops 1. Grundlagen & Herausforderungen der AHV 2. Grundlagen & Herausforderungen der Beruflichen Vorsorge
12.00 Uhr	Zusammenfassung & Ausblick
12.30 Uhr	Apéro und Stehlunch (offeriert)

Die Ausbildungsveranstaltung richtet sich an jungfreisinnige Mitglieder sowie Interessenten jungfreisinnige und bietet die Möglichkeit, Kenntnisse zur Altersvorsorge aufzubauen bzw. zu vertiefen.

Die Teilnahme ist kostenlos. Wir freuen uns über Ihre Anmeldung bis Ende April an: sekretariat@jungfreisinnige.ch

Bald jeder 4. Franken für den Sozialstaat?

(jfs) Die jungfreisinnigen Schweiz sehen sich durch den heutigen Bericht des Bundesamtes für Sozialversicherungen in ihren Befürchtungen bestätigt.

Diesem zufolge wird in 25 Jahren mehr als jeder 4. Franken in die Sozialversicherungen fliessen. Um dieses Schreckensszenario zu verhindern, fordern wir, dass einschneidende Reformen jetzt in Angriff genommen werden, und nicht erst, wenn es zu spät ist.

Die Schweizerinnen und Schweizer werden immer älter. Dazu kommt eine anhaltend tiefe Geburtenrate.

Diese beiden Effekte führen dazu, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentner unterstützen müssen. Insbesondere bei der AHV, welche mittels Umlageverfahren finanziert wird, werden die Probleme immer grösser. Der Finanzierungsbedarf steigt von heute 31 Mrd. bis im Jahr 2030 auf 53 Mrd. Aus diesem Grund muss das Rentenalter in den nächsten zwei Jahrzehnten schrittweise nach oben angepasst werden, damit auch der heutigen Jugend genug Geld zum Leben bleibt. Neben der Erhöhung des Rentenalters

muss endlich der Mischindex abgeschafft werden, welcher dafür sorgt, dass die Renten stärker ansteigen als die Teuerung. Die AHV soll den Grundbedarf decken und nicht ständig einen grösseren Teil unseres Einkommens verschlingen. Mit dem Prinzip der Generationengerechtigkeit sind solche ausufernden Umverteilungsmaschinen schon lange nicht mehr zu vereinbaren. Das Rentenwachstum muss endlich gestoppt werden.

Wir sind erfreut, dass auch das Bundesamt für Sozialversicherungen diese beiden langjährigen Hauptforderungen der jungfreisinnigen Sozialpolitik in ihrem Bericht aufführt und als effektive Massnahmen bewertet, mit welchen ein Grossteil des Mehrbedarfs der nächsten Jahrzehnte gedeckt werden könnte. Wir hoffen, dass nun endlich auch die anderen Parteien aus ihrem sozialen Dornröschenschlaf aufwachen und für die Umsetzung dieser Massnahmen eintreten. Denn zurzeit stehen die jungfreisinnigen mit ihren nachhaltigen Forderungen alleine auf weiter Flur.

«Der liberale Beobachter berichtet...»

Eine Gruppe um den Zürcher Nationalrat und Chefideologen Christoph Mörgeli hat sich kürzlich mutig entschlossen, die Schweiz zu retten. Genauer gesagt den Bundesbrief. Dieser soll vorübergehend für eine Ausstellung in den USA das Museum in Schwyz verlassen. Das geht zu weit. Eindeutig. Darin manifestiert sich der Ausverkauf der

Schweiz. Kurzerhand wollen nun einige SVPler dieses Stück Schweizer Geschichte kaufen – und retten. Übersehen wurde dabei lediglich, dass mit einem Verkauf in Privatbesitz das gute Stück zum Parteigut wird. Liebe Herren der SVP, die Schweizer Geschichte ist unverkäuflich! Mit freisinnigen Grüssen. Ihr liberaler Beobachter.

Impressum

Schweizer Freisinn

28. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 72098 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Stefan Nobs
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail zila@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

EINE SOLIDARITÄTS-PATENSCHAFT für die Zukunft der Kinder



Ja, ich möchte eine Solidaritäts-Patenschaft für Kinder in Not abschliessen.

Ich bezahle monatlich:

Fr. 40.- Fr. _____

Bitte senden Sie mir die Patenschaftsbestätigung zusammen mit den Einzahlungsscheinen.

Bitte senden Sie mir mehr Informationen über die Patenschaften von Terre des hommes.

F312

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Terre des hommes, Patenbetreuung,
En Budron 88, 1052 Le Mont-sur-Lausanne
Tel 021/654 66 66 • fax 021/654 66 77
E-mail: info@tdh.ch

Kinderhilfe - www.tdh.ch



Bestellung (Sicherheitswesten)

_____ Sicherheitsweste Fr. 15.-

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____

Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____



Bitte einsenden an: FDP Schweiz, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00. Siehe auch unter www.fdp.ch – Shop.

Erfolg dank liberalen Arbeitnehmern

LIAN = Liberale Politik aus einem anderen Blickwinkel

Die FDP ist die Wirtschaftspartei. 80% der in der Wirtschaft Tätigen sind Angestellte. Viele von ihnen vertreten liberale Werte und sind überzeugt: Wettbewerb, freie Märkte und ein liberales Arbeitsrecht schaffen Arbeitsplätze in der Schweiz und sichern unseren Wohlstand.

Von Regina Ammann

Schoch, ehem. Gross- und Nationalrätin FDP Aargau, Mitglied des Kernteams



Regina Ammann Schoch

Sie fühlen sich aber nicht immer abgeholt von der Politik. Grund genug für ein Kernteam aus 5 Mitgliedern, den eigentlichen Generatoren von Wertschöpfung – den Angestellten in Privatwirtschaft, Verbänden und Staat – eine eigene Stimme innerhalb von FDP und liberaler Partei zu geben. Ein «Test» mit einem eigenen «Liberalen Angestellten-Komitee» bei der Abstimmung zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit stiess auf grossen Anklang. Als Basis hat das Kernteam Leitsätze erarbeitet. Mit Ihnen zusammen möchten wir nun der liberalen Angestelltenpolitik ein Gesicht geben und konkrete politische Forderungen formulieren und vertreten. Uns interessiert, in welchem Umfang und/oder zu welchen Themen Sie sich engagieren möchten. Die FDP und die Liberale Partei sind die Wirtschaftsparteien. Niemand setzt sich glaubwürdiger ein für

eine liberale Wirtschaftsordnung und Rahmenbedingungen, die Unternehmertum ermöglichen.

Wer aber ist «die Wirtschaft»?

Der Begriff «Wirtschaft» wird häufig synonym mit «Arbeitgeberinteressen» oder «Wirtschaftsführer» verwendet. 80% aller «Wirtschaftssubjekte» oder Werkstätigen sind aber Angestellte in Privatwirtschaft, Verbänden und dem Staat – und damit die massgeblichen Generatoren von Wertschöpfung. Grund genug für uns, dieser Gruppe innerhalb der beiden Wirt-

schaftsparteien eine eigene Stimme zu verleihen.

Wofür stehen die «Liberalen Angestellten»?

■ Wir liberalen Angestellten befürworten den Wettbewerb und freie Märkte als erfolgreiches Wirtschaftskonzept. Wir stellen uns dem Wettbewerb im Arbeitsmarkt, sind wir doch aus unseren Jobs bereits gewohnt, Leistung zu zeigen und mit Konkurrenz und Veränderung umzugehen. Angestellte in der Schweiz sind gut gerüstet für den Wettbewerb: Wir verfügen über eine hohe Leistungsbereit-

schaft und Arbeitsmotivation, gute Ausbildung usw.

■ Wir befürworten aber eine Politik, die den heutigen «durchlässigen» beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten Rechnung trägt:

– Beispielsweise wird der Wechsel vom Angestellten zum selbständig Erwerbenden und umgekehrt im Laufe der beruflichen Karriere häufiger.

– Das Modell des «Lebensunternehmers» wird insbesondere in höher qualifizierten Berufsgruppen bereits umgesetzt und erfordert ein Umdenken: Statt einseitige Abhängigkeit gehen heute Arbeitgeber und Angestellte ein partnerschaftliches Arbeitsverhältnis ein.

– Auch Angestellte führen Mitarbeiter und sind somit Arbeitgeber.

■ Unternehmen sind für Menschen geschaffen, nicht umgekehrt. Es ist daher unverzichtbar, den Angestellten einen wichtigen Platz in der Gestaltung der Unternehmung und deren

Arbeitsabläufen einzuräumen sowie sie am Unternehmenserfolg angemessen zu beteiligen.

■ Wir stehen zu einem liberalen Arbeitsrecht in der Schweiz. Ein liberales Arbeitsrecht bedingt die Sozialpartnerschaft, primär auf betrieblicher Ebene.

Als Basis für eine liberale Angestelltenpolitik hat ein Kernteam die beiliegenden Leitsätze erarbeitet. Mit Ihnen zusammen möchten wir nun der liberalen Angestelltenpolitik ein Gesicht geben und konkrete politische Forderungen formulieren und vertreten. Uns interessiert, in welchem Umfang und/oder zu welchen Themen Sie sich engagieren möchten.

Wir freuen uns, wenn Sie sich als liberal gesinnte Angestellte aller Rangstufen und Branchen engagieren. Werben Sie auch weitere Angestellte in Ihrem Umfeld – mit Gleichgesinnten macht ein Engagement noch mehr Spass. ■

Talon

Ja, die LIAN interessiert mich. Senden Sie mir weitere Unterlagen.

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Talon einsenden an: FDP Schweiz, z. Hd. Romain Clivaz, Postfach 6136, 3001 Bern, clivaz@fdp.ch

«Freisinn»liches Frühlingserwachen

Erdgöttin mit der Büchse voller Übel	↘	kürzestes Mittelalter	↘	botanisches Schlüsselblümchen	↘	blüht lila oder weiss reduzierte Einzahl	↘	Neustart-Taste am PC	↘	die Schöne als Abendstern am Himmel	↘	blühen bald als Buschwindröschen	↘	Leitung oder bestimmte Regierung	↘	einfarbig als kurze Hochschule	↘	leuchtet als Schnuppe im Weltall	↘		
wechselt unpolitisch von grün auf rot	→							die Mutter aller Mütter (und Väter)	→					bekannte Strasse in Lausanne	→					2	
auch sie gehören zu den Frühblühern	→					4								diese Vorsilbe macht Sorgen los	→						
bewegt sich als Lurch in Grotten		italienische Marktstadt am Lago Maggiore				auf den Tag genaue Zeitangabe		Kraft aus Oel oder alternativ Präposition	→				6								
auf die Tauglichkeit untersuchen	↙					hier zieht der Käse Fäden	↙							lässig, im Stil der grossen Welt	↙			kulinarische Ecke um Strassburg			
	↙									kommt im Juni sicher lässt Milch gerinnen	→										
	↙							treiben menschenverwandte Familienpolitik	↙			Michelines Weihnacht blüht auch i. Amsterdam	→							1	folgt im Frühling dem Winterschlaf
Seemann bei Admiral Nelson		Geiz ist geil, ist seine Devise		3	auch politisch freundlich			Tauf- oder Firmzeugen	→									Seine Majestät oder Seemeile	→		
Kriegskantone von 1847	↘												8					Chemiker-gold	→		
Horsepower	↙																			10	
	↙					kleines, buntes Schwirrvögelchen		Nebenkosten im Mietvertrag	↙			dabei pflegen Jäger ihr Latein	↙					Spitzenkötter FDP in der Romandie	→		
Parlamentarier tragen darin ihre Voten	→																	kleine Demokraten	→		
	↙							Soldatenschulhaus	→									französ. EU-Stern	↙		
is man zur Wurst Artikel für Spanisches	→					fließt 524 km lang bis zum Rhein	↙	hier fließt der besondere Saft zum Herz	↙									ganze Erdumdrehung	→		
	↙																	französisch sehen	↙		
	↙																			5	
	↙																			9	
	↙																	in Abstimmungen souveräner Souverän	→		
Fulvio Pellis zweiter Parteiführer	→	Spanisch-Bröttlistation								der Grosse Preis, klein geschrieben	↙	Schneelaufspur sticht auch den König	↙								
P. Couchepins neunter Frühling i. Bundesrat	↙									und sie bewegt sich, sagte er	→									11	
	↙																			12	
	↙																	englisch verleihen, zB. a car	→		

Gewinnen Sie eines der stillvollen FDP-Accessoires!

1. Preis
eine FDP-Konferenzmappe und ein FDP-Schirm für Sitzungen an Regentagen

2. und 3. Preis
je nach Gewinner: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 10. April 2006 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
z. Hd. Stefan Nobs
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

266 mal Narrenfreiheit



Christina Haas (r.) und Alexandra Thalhammer vom Generalsekretariat ziehen die Gewinner.

NARRENFREIHEIT lautete das Lösungswort des Preisrätsels im März-«Freisinn». 266 Leserinnen und Leser (118 via Postkarte und 148 per E-Mail) liessen uns die richtige Lösung zukommen.

Aus den Einsendungen zogen Christina Haas und Alexandra Thalhammer vom Generalsekretariat die glücklichen Gewinner. Beide kandidieren übrigens im Wahlkreis Bern-Stadt für den Grossen Rat des Kantons Bern.

1. Preis

eine FDP-Konferenzmappe und ein FDP-Schirm
Matthias Keller, 9220 Bischofszell

2. und 3. Preis

je nach Gewinner/in: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte

Edmond E. Bürgi, 8917 Oberlunkhofen
Hedwig Vogelsanger, 8200 Schaffhausen

Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

Lösung «Freisinn» Nr. 2/März

```

M   A   M   K   Z
K O M B U E S E   T A L A R
F O R   W I L   R E U E
H A R M O N I S I E R U N G
I U R   S T U D I E   I
S T R A S S E   E N T E
Z T   C R   U R B A R
F F   E B R O   K L E E   U
H E I N I   M   K   R G N
I S   L G   S F   G A G
N A R D E   P I N S E L
S C H U L D E N B E R G
T   E N D   L A   R   E A
N A D I G   R U N D G A N G
B U I N   K A N Z L E R   A
B O A   N I K E   N E R V
R U F   S E N A T   E
    
```

NARRENFREIHEIT

Agenda Termine

31. März		Sekretärenkonferenz, Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung in Glarus
31. März		Ord. Delegiertenversammlung in Glarus (1. Teil)
1. April		Ord. Delegiertenversammlung in Glarus (2. Teil)
2. Mai		Seminar für Kantonalpartei-SekretärInnen
8.–12. Mai		Eidg. Sondersession
12. Mai	14.00	NEU: Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung in Bern
18. Mai		Bundesratsparteien-Gespräche
19. Mai		Von-Wattenwyl-Gespräche
21. Mai		Eidg. Volksabstimmung
26./27. Mai		Vorsessionale Fraktionssitzung
6.–23. Juni		Sommersession
6. Juni		Groupe Latin
8. Juni		Geschäftsleitung
9. Juni	ca. 16.30	NEU Delegiertenversammlung der Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL) in Delémont, anschl. Abendessen (dies betrifft nur die Delegierten der UFL und ist nicht zu verwechseln mit einer gemeinsamen DV von FDP und LPS)
10. Juni	ca. 10.00	NEU: Gemeinsame Fachtagung von FDP und LPS im Rahmen der UFL in Delsberg
14. Juni		Fraktionsausflug
30. Juni		Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung in Bern
1. Juli		ENTFÄLLT: Delegiertenversammlung der UFL
18. August		Sekretärenkonferenz, Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung in Murten
18. August	ca. 17.00	NEU: a. o. Delegiertenversammlung in Murten (1. Teil)
19. August	ca. 9.00	Delegiertenversammlung (2. Teil) in Murten Behandelt wird das Thema «offene Schweiz». Aufgrund der Fülle der Themen sehen wir zurzeit eine zweitägige DV vor.
31. August		Bundesratsparteien-Gespräche

Neue Adressverwaltung im Einsatz

Die neue Adressverwaltung EPOS der FDP ist im Einsatz. Die FDP Schweiz arbeitet mit dem neuen System, ebenso die Kantonalsekretariate Thurgau und Aargau. Im Kanton Aargau läuft zurzeit ein Test zusammen mit den Ortsparteien. Danach kann die Adressverwaltung in der ganzen Schweiz eingesetzt werden.

Wechsel im Generalsekretariat

Doris Wobmann verlässt das Generalsekretariat per Ende April, um eine neue Herausforderung anzunehmen. Sie war seit August 2000 zunächst als politische Sekretärin tätig und seit 2003 für Webauftritt und Organisatorisches zuständig.

Ebenfalls per Ende April beendet Stefan Nobs seine Tätigkeit als «Freisinn»-Redaktor. Er führte die Redaktion seit Anfang Jahr interimistisch. Nobs bleibt weiterhin stv. Geschäftsführer der FDP des Kantons Bern. Die FDP dankt den beiden bereits heute für ihren grossen Einsatz. Die Besetzung der beiden Stellen ist zurzeit im Gang.

Steuerpolitische Souveränität hochhalten

Zum Steuerstreit mit der EU

Political correctness wird gerade in der EU immer wieder gross geschrieben. Die Vorwürfe der Kommission an die Praxis der kantonalen Besteuerung von Verwaltungs- und Holdinggesellschaften sprengen diesen Rahmen allerdings bei weitem. Sie sind steuerrechtlich geradezu grotesk und politisch höchst bedenklich. Die Demarche der EU wirft, leider nicht zum ersten Mal, ein schiefes Licht auf das wettbewerbspolitische Verständnis Brüssels.



Gerold Bührer

Von FDP-Nationalrat Gerold Bührer, Thayngen (SH)

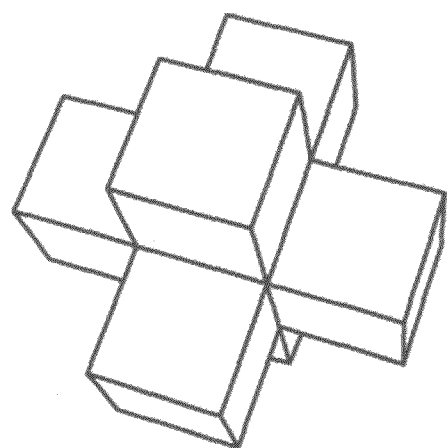
Steuerrechtlich müsste eigentlich jedem klar sein, dass das Freihandelsabkommen von 1972 mit dem Steuerregime für Holding- und Verwaltungsgesellschaften nichts zu tun hat. Bei diesen Gesellschaften geht es ja nicht um Waren- geschäfte, welche Gegenstand des Abkommens sind. Die Berufung auf die entsprechenden Bestimmungen des Freihandelsabkommens kommt daher einem plumpen Ablenkungsmanöver gleich. Dazu kommt, dass erst in jüngerer Vergangenheit seitens der OECD diese kantonale Steuerpraxis dank der Transparenz und der rechtsgleichen Behandlung als mit den internationalen Standards vereinbar betrachtet worden ist. Die guten steuerlichen Rahmen-

bedingungen als Beihilfen im Warenverkehr darzustellen, welche den Wettbewerb beeinträchtigen würden, kommt einer realitätsfremden Sicht der Dinge gleich. Der Vorwurf ist mit Blick auf die teilweise massiven Firmensubventionen einiger EU-Staaten geradezu anmassend. Die EU müsste zudem auch längstens zur Kenntnis genommen haben, dass die Schweiz steuerpolitisch souverän ist. Dies heisst, dass unser Land legitimiert bleibt, auf Steuervorteile im internationalen Wettbewerb zu bauen. Eine Politik, welche schliesslich auch von einer ganzen Anzahl von EU-Staaten notabene mit Erfolg betrieben wird. Die Steuerharmonisierung innerhalb der EU ist ohnehin spätestens mit dem

Eintritt der zehn Neuen vom Tisch. Dies mag den zentralistisch orientierten, wettbewerbsabschottenden Ländern ein Dorn im Auge sein. Dies darf aber kein Grund für Drohgebärden gegen Drittstaaten sein. Als Nichtmitglied der EU liegt es schliesslich in unserer eigenen Verantwortung, eine wettbewerbstaugliche Steuerpolitik zu betreiben. Wir brauchen uns jedenfalls nicht für unsere Standortpolitik zu entschuldigen. Im Gegenteil, die Politik ist vielmehr verpflichtet, die Interessen der schweizerischen Volkswirtschaft mit Nachdruck und Konsequenz zu verfolgen. Der unmissverständliche und gut fundierte bundesrätliche Brief an die EU ist die richtige Antwort auf diese unseligen Vorwürfe.

Im Interesse gut nachbarschaftlicher Beziehungen ist die Gesprächsofferte trotzdem zu unterstützen. Gesprächsbereitschaft Ja, Kompromisse allerdings Nein. Mit dieser Position hat die Landesregierung dem freisinnigen Vorstoss vom vergangenen Dezember bezüglich Angriffen auf die Steuersouveränität bereits die richtige Antwort gegeben. Es ist zu hoffen, dass diese Haltung auch parlamentarisch breit abgestützt bleibt. Die Position der Schweiz, dass nämlich die Steuersouveränität kein Verhandlungsgegenstand sein kann, muss auch zukünftig unmissverständlich kommuniziert werden. Nur so wird Brüssel letztlich unsere Botschaft ernst nehmen. Wettbewerb, dazu gehört auch der Steuerwett-

bewerb, ist schliesslich der Lebensnerv für Wachstum und Wohlstand. Wer sich aus kurzfristiger Optik oder Gefälligkeit heraus auf eine Verwässerung von Grundsätzen einlässt, handelt sich früher oder später Folgeschäden ein. Es gibt daher keine Alternative zum Bestreben nach steuerlicher Konkurrenzfähigkeit und der damit verbundenen Bejahung des internationalen Standortwettbewerbs. ■



Ja zu einer
intelligenten
Schweiz

Ja zur
Bildungs-
verfassung
am 21. Mai

FDP

Wir Liberalen.